

PATRICK R. HOFFMANN

Völkerrechtliche Vorgaben für die Verleihung der Staatsangehörigkeit

Jus Internationale et Europaeum

183

Mohr Siebeck

Jus Internationale et Europaeum

herausgegeben von

Thilo Marauhn und Christian Walter

183



Patrick R. Hoffmann

Völkerrechtliche Vorgaben
für die Verleihung der
Staatsangehörigkeit

Mohr Siebeck

Patrick R. Hoffmann, geboren 1993; Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Osnabrück und der University of Hull (UK); 2017 Erste Juristische Staatsprüfung; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Europarecht, Völkerrecht und Rechtsvergleichung am European Legal Studies Institute (ELSI) der Universität Osnabrück; seit 2020 Rechtsreferendar im Bezirk des Kammergerichts (Berlin), u. a. mit Station im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz.
orcid.org/0000-0001-9957-5311

ISBN 978-3-16-161110-0 / eISBN 978-3-16-161111-7

DOI 10.1628/978-3-16-161111-7

ISSN 1861-1893 / eISSN 2568-8464 (Jus Internationale et Europaeum)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2022 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen aus der Times gesetzt, auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Nädle in Nehren gebunden.

Printed in Germany.

Meinen Freunden

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2021 von der Juristischen Fakultät der Universität Osnabrück als Dissertation angenommen. Das Manuskript wurde im Dezember 2020 abgeschlossen und für die Drucklegung geringfügig überarbeitet.

Meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. *Oliver Dörr*, LL.M., bin ich zutiefst für die herausragende Betreuung dieser Promotion dankbar. Durch ihn konnte ich während meiner Promotionszeit und der damit einhergehenden Zeit als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an seinem Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Europarecht, Völkerrecht und Rechtsvergleichung am *European Legal Studies Institute* (ELSI) juristisch wie menschlich wachsen. In vielerlei Hinsicht wurde ich positiv geprägt. Auch meinem Zweitgutachter, Herrn Professor Dr. *Thomas Groß* bin ich für die schnelle und gründliche Durchsicht sowie das stets freundliche Klima auf der 3. Etage des ELSI dankbar.

Besonders dankbar bin ich dafür, dass ich die Dissertation in der angenehmen Forschungsatmosphäre des ELSI schreiben konnte. Herzlicher Dank gilt allen ehemaligen Kolleginnen und Kollegen für das freundschaftliche Miteinander und die angenehme Arbeitsatmosphäre. Da während meiner Zeit auf der 3. Etage zu viele Kolleginnen und Kollegen gekommen und gegangen sind, würde eine namentliche Erwähnung an dieser Stelle ausufern. Insbesondere möchte ich aber den Kolleginnen gegen Ende meiner Promotionszeit danken: *Pia Ahlers* sowie *Zahra Kubitschek*, *Antje Hedemann* und *Wiebke Forstreuter*.

Meinen Eltern, *Ulrike Hoffmann* und Professor Dr. *Werner Hoffmann*, bin ich zutiefst dankbar, denn sie haben den Grundstein meiner universitären Ausbildung gelegt und ich konnte mir jederzeit ihrer Unterstützung sicher sein. Ohne ihre schon frühe Vermittlung von Wissbegier wäre diese Arbeit nicht zustande gekommen.

Eine Dissertation ist ein langwieriges Projekt. Trotz allem Forschungseifer ist eine solche Arbeit alleine nicht zu schaffen. Herausragender Dank gilt deshalb meinen Freunden, denen diese Arbeit auch gewidmet ist. Eine namentliche Aufzählung ist an dieser Stelle unmöglich, zu vielen Menschen bin ich zu Dank verpflichtet. Das stetige Unterstützen, Zuhören (und in manchen Fällen Erwi-

dern) sowie der jederzeitige Rückhalt waren von unschätzbarem Wert. Dies gilt auch für das unermüdliche Korrekturlesen. Namentlich erwähnt seien *Yasmin Aumeer*, *Gesa Richter* und *Alexander Schmidt* sowie *Joël Einemann*. Überdies sei allen Freunden besonders gedankt, die in dieser Zeit mit mir zusammengewohnt haben. Meine jeweilige WG gab mir zu jeder Zeit einen familiären Rückzugsort.

Meine Freunde kennen meine diskussionsfreudige Seite. Konstruktive (positive wie negative) Anmerkungen zu der vorliegenden Arbeit sind stets willkommen und können gerne an mich gerichtet werden: staatsangehoerigkeit@mailbox.org.

Berlin im Juli 2021

Patrick Hoffmann

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXXI
Einleitung	1
I. Die Materie ›Staatsangehörigkeitsrecht‹ als Gegenstand des Völkerrechts	1
II. Staatsangehörigkeitsrecht im Wandel	4
III. Methodische Anmerkungen und Gang der Untersuchung	9
§ 1 Das Konzept der Staatsangehörigkeit	11
I. Staatsangehörigkeit als Verbindung zwischen Mensch und souveränem Staat	11
II. Die Staatsangehörigkeit im Völkerrecht	63
III. Staatenlosigkeit	83
IV. Mehrstaatigkeit	85
V. Nachweis der Staatsangehörigkeit	92
VI. Fazit	94
§ 2 Systematisierung der Erwerbsarten	97
I. Vorbemerkungen	98
II. Originärer Erwerb (Staatsangehörigkeitsverleihung bei Geburt)	101
III. Derivativer Erwerb (Staatsangehörigkeitsverleihung im Laufe des Lebens)	120
IV. Fazit	171
§ 3 Grundlagen des Völkerrechts der Staatsangehörigkeit	175
I. Grundsätzliche Existenz völkerrechtlicher Vorgaben	175
II. Maßgebliche Rechtsquellen möglicher Vorgaben	187
III. Fazit	202

§ 4 Voraussetzungen der Staatsangehörigkeitsverleihung	205
I. Regelung der eigenen Staatsangehörigkeit	205
II. Vernünftige Verbindung	211
III. Fazit	258
§ 5 Vorgaben im zwischenstaatlichen Verhältnis	259
I. Extraterritoriale Einbürgerungen als völkerrechtswidrige Intervention	259
II. Masseneinbürgerungen	285
III. Rückwirkende Verleihung	296
IV. Mehrstaatigkeit	306
V. Staatensukzession	310
VI. Diplomatisches und konsularisches Personal	338
VII. Verleihung in Gebieten mit Gebietshoheit, aber ohne territoriale Souveränität	340
VIII. Fazit	343
§ 6 Vorgaben aus Menschenrechten und Rechtsreflexen zugunsten des Einzelnen	347
I. Menschenrechte im völkerrechtlichen Kontext	349
II. Staatsangehörigkeit als Menschenrecht	374
III. Auferlegung der Staatsangehörigkeit (Zwangseinbürgerung)	456
IV. Gleichbehandlungsrechte	482
V. Fazit	559
§ 7 Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen völkerrechtliche Vorgaben	563
I. Verleihung als einseitiger staatlicher Rechtsakt	563
II. Beurteilung der Völkerrechtskonformität	564
III. Diversität möglicher Rechtsfolgen	567
IV. Völkerrechtliche Verantwortlichkeit	572
V. Persönliche Verantwortlichkeit der handelnden Personen?	584
VI. Nichtanerkennung der Staatsangehörigkeit	586
VII. Völkerrechtliche Fiktion der Staatsangehörigkeit?	596
VIII. Innerstaatliche Rechtsfolgen	598
IX. Fazit	611
Schlussbetrachtung	613
Literatur- und Quellenverzeichnis	629
Stichwortverzeichnis	669

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXXI
Einleitung	1
I. Die Materie ›Staatsangehörigkeitsrecht‹ als Gegenstand des Völkerrechts	1
II. Staatsangehörigkeitsrecht im Wandel	4
III. Methodische Anmerkungen und Gang der Untersuchung	9
§ 1 Das Konzept der Staatsangehörigkeit	11
I. Staatsangehörigkeit als Verbindung zwischen Mensch und souveränem Staat	11
1. Funktion: Definition eines Staatsvolks	11
a) Staatsvolk	12
aa) Drei Dimensionen des Begriffs ›Volk‹	12
(1) Das Volk als Träger eines Selbstbestimmungsrechts	13
(2) Das Volk im Kontext des Demokratieprinzips	14
(3) Staatsvolk als Element der Staatlichkeit	16
bb) Dominanz der Staaten: Territoriale Aufteilung der Erde	17
cc) Pluralität an Angehörigkeitsbeziehungen	21
dd) Staatliche Souveränität	22
b) Art der Verbindung	24
aa) Irrelevanz tatsächlicher Verbindungen	24
bb) Rechtliche Verbindung	25
c) Fazit: Unterscheidung zwischen In- und Ausländern	26
2. Innerstaatliche Rechtsfolgen der Staatsangehörigkeit	27
a) Staatsangehörigkeit versus Staatsbürgerschaft	27
b) Gradmesser für die In- bzw. Exklusion von Ausländern	28
c) Typische innerstaatliche Rechtsfolgen	30

aa) Mindeststandard an innerstaatlichen Rechtsfolgen?	30
bb) Aufenthaltsrecht im Staatsgebiet	31
cc) Soziale Sicherungsrechte	33
dd) Politische Partizipation, insbesondere das Wahlrecht	34
ee) Zugang zu öffentlichen Ämtern	37
ff) Weitere Rechtsfolgen	37
gg) Fazit: Heterogenität betreffend Inklusion und Exklusion	38
d) Hierarchische Staatsangehörigkeitskonzeptionen	39
3. Bedeutungsverlust der Staatsangehörigkeit durch Nivellierungen von In- und Ausländern?	42
a) Nationales Recht: denizenship	43
b) Internationale Menschenrechte	44
c) Supranationale Bürgerschaften, insbesondere	
die Unionsbürgerschaft	47
aa) Beispiele abseits der Unionsbürgerschaft?	49
bb) Einwirkung der Unionsbürgerschaft auf klassische Prärogativen von Staatsangehörigen	50
(1) Wahlrecht	51
(2) Aufenthaltsrecht	51
(3) Zugang zu öffentlichen Ämtern	53
(4) Soziale Sicherungsrechte	54
cc) Fazit	55
d) Fazit: Diversifizierte Angehörigkeitsverhältnisse	56
4. Abgrenzung verwandter Konzepte	58
a) Nationalität	58
b) Staatszugehörigkeit	59
c) Staatsbürgerschaft	59
d) Funktionelle ›Staatsangehörigkeit‹	60
(1) Innerstaatliche Festlegungen	60
(2) Interpretative Klauseln in inter- und supranationalen Verträgen	61
e) ›Staatsangehörigkeit‹ von Robotern mit künstlicher Intelligenz	62
II. Die Staatsangehörigkeit im Völkerrecht	63
1. Völkerrechtliche Rechtsfolgen der Staatsangehörigkeit	64
a) Personalhoheit	64
b) Diplomatischer Schutz	66
c) Konsularischer Schutz	72
d) Gewaltvoller Schutz	74
e) Unbedingtes Aufenthaltsrecht	75
f) Humanitäres Völkerrecht	79

g) Internationales Privatrecht, insbesondere Kollisionsrecht	79
h) Diverse andere Rechtsfolgen	80
2. Automatismus völkerrechtlicher Rechtsfolgen	81
III. Staatenlosigkeit	83
IV. Mehrstaatigkeit	85
1. Loyalitätsproblem?	85
2. Zuordnungsproblem	87
a) Rechtsfolgen der Personalhoheit	87
b) Diplomatischer Schutz	90
c) Internationales Privatrecht	90
d) Politische Rechte	91
3. Umgang mit Mehrstaatigkeit	91
V. Nachweis der Staatsangehörigkeit	92
VI. Fazit	94
§ 2 Systematisierung der Erwerbsarten	97
I. Vorbemerkungen	98
1. Völkerrechtsrelevanz	98
2. Terminologie: ›attribution‹ und ›acquisition‹	98
3. Politische Aspekte	98
4. Verleihung durch Gesetz und aufgrund eines Gesetzes	100
5. Vorfragen des Internationalen Privatrechts	100
II. Originärer Erwerb (Staatsangehörigkeitsverleihung bei Geburt)	101
1. Ius soli	101
a) Uneingeschränktes ius soli	102
b) Eingeschränktes ius soli	103
aa) Legaler Aufenthalt der Eltern	103
bb) Doppeltes ius soli	104
c) Subsidiäres ius soli	105
d) Schiffe und Flugzeuge	107
2. Ius sanguinis	107
a) Abstammung – Definition der zu Grunde liegenden Verbindung	108
b) Abstammungsvoraussetzungen	111
aa) Kumulatives ius sanguinis	111
bb) Alternatives ius sanguinis	112
cc) Einseitiges ius sanguinis	112
(1) Ius sanguinis a patre	113
(2) Ius sanguinis a matre	114
c) Fiktives ius sanguinis	114

d) Eingeschränktes ius sanguinis	115
e) Subsidiäres ius sanguinis	117
3. Kumulation und Kombination von ius soli und ius sanguinis . . .	117
4. Ius domicili	118
5. Probleme beim originären Erwerb	119
III. Derivativer Erwerb (Staatsangehörigkeitsverleihung im Laufe des Lebens)	120
1. Vorbemerkungen	121
a) Relevanz	121
b) Menschenrechte	121
c) Kriterien als Spiegel der Politik	122
d) Systematisierungsparameter	123
2. Auferlegung der Staatsangehörigkeit (Zwangseinbürgerung) . . .	124
a) Terminologie	124
b) Formen der Auferlegung der Staatsangehörigkeit	126
aa) Rechtliche Grundlage: Gesetz oder Einzelfallentscheidung	126
bb) Anzahl: Individuelle, kollektive und massenhafte Auferlegungen der Staatsangehörigkeit	126
cc) Einfluss des Einzelnen auf die Einbürgerung	127
(1) De-iure-Auferlegung der Staatsangehörigkeit	127
(2) De facto: Auferlegung der Staatsangehörigkeit trotz Antrags?	127
c) Typische Anknüpfungspunkte	129
aa) Staatensukzession	129
bb) Adoption, Legitimation und Einbürgerung der Eltern . . .	130
cc) Ehe und Eheschließung	132
dd) Eintritt in den Staatsdienst	134
ee) Dauerhafte Wohnsitzbegründung	134
ff) Ersitzung	135
d) Sonstige Anknüpfungspunkte, Parallelen und Entwicklungstendenzen	135
3. Freiwillige Einbürgerung (Einbürgerung i. e. S.)	136
a) Antrag	137
aa) Ermessensentscheidung und gebundene Entscheidung . . .	137
bb) Diversität der Voraussetzungen	139
(1) Gewöhnliche und erleichterte Einbürgerung	139
(2) Zwischenstaatliche Unterschiede	140
(3) Innerstaatliche Unterschiede	143
cc) Quantitative Unterschiede	145
dd) Verfahrensfragen: Zuständigkeit, Kosten und Dauer	145

ee) Spezielle Arten der Einbürgerung	146
(1) Regional verdichtete, extraterritoriale Einbürgerungen	147
(2) De-facto-Masseneinbürgerung	153
ff) Sonderfall: ius pecuniae	153
(1) Definition	153
(2) Arten des ius pecuniae	155
(a) Direktes ius pecuniae	155
(b) Investment-basiertes ius pecuniae	156
(c) Investment-Aufenthalts-basiertes ius pecuniae	157
(3) Rechtstechnische Umsetzung	158
(a) Einbürgerungsprogramme für Investoren	158
(b) Entsprechende Auslegung offener Ermessensvorschriften	159
(4) Verbreitung und Relevanz	161
(5) Vorteile für den Staat	164
(6) Vorteile für das Individuum	164
(7) Problemstellungen	167
b) Registrierung sowie Reklamation und Option	168
IV. Fazit	171
§ 3 Grundlagen des Völkerrechts der Staatsangehörigkeit	175
I. Grundsätzliche Existenz völkerrechtlicher Vorgaben	175
1. Konfliktpotenzial der Staatsangehörigkeit	176
2. Rechtsquellentrias möglicher Vorgaben	178
3. Staatsangehörigkeitsrecht und der <i>domaine réservé</i>	181
a) Das Konzept des <i>domaine réservé</i>	182
aa) <i>Domaine réservé</i> als Tatbestandsmal des Interventionsverbotes	182
bb) Relativität des <i>domaine réservé</i>	182
(1) Zeitliche Relativität	183
(2) Personelle Relativität	183
(3) Inhaltliche Relativität	183
cc) Keine qualitativen Schranken	184
b) Bestimmung des <i>domaine réservé</i> in Bezug auf das Staatsangehörigkeitsrecht	184
II. Maßgebliche Rechtsquellen möglicher Vorgaben	187
1. Kein allgemeiner Katalog an zulässigen Verleihungsgründen aus Völkergewohnheitsrecht	188
a) Originäre Verleihung	189

b) Derivative Verleihung	190
c) Verbot, kein Gebot gewisser Anknüpfungspunkte	191
2. Nicht rechtsverbindliche Texte	192
a) Entwurf der Harvard Law School (1929)	192
b) ILC Draft Articles on Nationality of Natural Persons in relation to the Succession of States (1999)	193
3. Völkervertragsrecht	193
a) Bi- und multilaterale Verträge	194
b) Ausschließlich staatsangehörigkeitsrechtliche Verträge	195
aa) Generelle Verträge	195
(1) Haager Konvention über gewisse Fragen beim Konflikt von Staatsangehörigkeitsgesetzen (1930)	195
(2) Europäisches Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit (1997)	196
bb) Spezielle Verträge betreffend bestimmter Gruppen oder Sachverhalte	199
c) Staatsangehörigkeitsrecht als Annex	200
III. Fazit	202
 § 4 Voraussetzungen der Staatsangehörigkeitsverleihung	 205
I. Regelung der eigenen Staatsangehörigkeit	205
1. Rechtliche Herleitung	205
2. Reichweite dieser Voraussetzung	206
a) Verleihung	206
b) Verlust	207
c) Innerstaatliche Rechtsfolgen	207
3. Nicht erfasste Konzepte	208
a) Funktionelle ›Staatsangehörigkeit‹	208
b) (Gesamt-)Deutsche Staatsangehörigkeit 1949–1990	208
aa) Sachverhalt	208
bb) Rechtliche Würdigung	211
II. Vernünftige Verbindung	211
1. Ursprung und Herleitung	214
a) Echte Verbindung als Konkurrenzregel	214
b) Rechtliche Herleitung	216
aa) Verbot des Rechtsmissbrauchs	216
(1) Das Verbot des Rechtsmissbrauchs im Völkerrecht	216
(2) Rechtsmissbräuchliche Verleihung der Staatsangehörigkeit	218

bb) Völkergewohnheitsrecht	219
2. Qualität der Verbindung	220
a) Vernünftige, keine effektive Verbindung	220
aa) Entscheidung des IGH in der Rechtssache Nottebohm	221
(1) Sachverhalt	221
(2) Folgerungen aus dem Urteil	222
bb) Dogmatische Kritik am Effektivitätserfordernis	223
(1) Romantisierendes Bild des IGH	223
(2) Ausschluss von Mehrstaatigkeit	224
(3) Auslegungsprobleme	224
(4) Vergleich zu Art. 91 Abs. 1 S. 3 SRÜ	224
(5) Vergleich zum originären Erwerb	225
(6) Vergleich zu Mehrstaaten	226
cc) De lege lata: Kein Effektivitätserfordernis	227
b) Die subjektive Verbindung: freiwillige Willensbekundung	229
c) Die objektive Verbindung	232
aa) Relevanz und Irrelevanz gewisser Parameter	232
(1) Rechtliche und tatsächliche Verbindungen	233
(2) Art und Weise der Verleihung	233
bb) Kein allgemein zwingender Anknüpfungspunkt	234
cc) Hoheitsgewalten als legitimierende Verknüpfung	234
(1) Zirkularität als Instrument zur Machtbegrenzung	234
(2) Die drei Hoheitsgewalten	235
(a) Gebietshoheit	235
(b) Personalhoheit	235
(c) Diensthoheit	236
dd) Intensität der Verbindung	236
d) Maßgeblicher Zeitpunkt	237
e) Ergebnis	237
3. Einzelne Verleihungsgründe	237
a) Originärer Erwerb	237
aa) Ius soli	237
bb) Ius sanguinis	239
cc) Kombination von ius soli und ius sanguinis	239
dd) Ius domicilii	240
b) Derivativer Erwerb durch Auferlegung der Staatsangehörigkeit	240
aa) Wiedereinbürgerung	241
bb) Aufenthalt	242
cc) Domizilierung	242
dd) Berufliche Betätigung	243

ee) Eintritt in den Staatsdienst	243
ff) Ehe und Eheschließung	244
gg) Adoption und Legitimation	245
hh) Erwerb von Grund und Boden	245
ii) Sprache und Religion	246
jj) Ersitzung	247
c) Sonderfall: ius pecuniae	248
4. Anwendungsbeispiele	248
a) Deutsche Staatsangehörigkeit 1949–1990	248
b) Russlands Einbürgerungspraxis in Georgien ab dem Jahr 2002	249
aa) Sachverhalt	250
bb) Vernünftige Verbindung	251
cc) Ergebnis	253
c) Maltas wirtschaftlich induzierte Staatsangehörigkeit seit 2013	254
aa) Sachverhalt	254
bb) Vernünftige Verbindung	256
cc) Ergebnis	257
5. Fazit	258
III. Fazit	258
§ 5 Vorgaben im zwischenstaatlichen Verhältnis	259
I. Extraterritoriale Einbürgerungen als völkerrechtswidrige Intervention	259
1. Keine zwingende Kongruenz zwischen Staatsgebiet und Staatsvolk	260
2. Anwendbarkeit des Interventionsverbots	262
a) Eingriff in den domaine réservé	263
aa) Staatsangehörigkeitsrecht	264
bb) Personalhoheit	264
cc) Territoriale Souveränität	265
(1) Territoriale Souveränität versus Gebietshoheit	265
(2) Berühren der territorialen Souveränität	265
(3) Massenhaftigkeit	269
dd) Gebietshoheit	270
b) Zwangscharakter	271
aa) Beeinträchtigung staatlicher Handlungsfreiheit	272
bb) Ausgleich bestehender Souveränitätskonflikte durch Verhältnismäßigkeitsprüfung	274
c) Ergebnis	276
3. Anwendungsbeispiel: Russlands Einbürgerungspraxis in Georgien ab dem Jahr 2002	277

a) Sachverhalt	277
b) Vereinbarkeit mit dem Interventionsverbot	280
aa) Eingriff in den domaine réservé	280
bb) Zwangscharakter	282
cc) Ergebnis	284
4. Fazit	285
II. Masseneinbürgerungen	285
1. Definition Masseneinbürgerung	286
a) Formen von Masseneinbürgerungen: Terminologische Vielfalt	286
aa) De-jure und de-facto Masseneinbürgerungen	286
bb) Kollektiveinbürgerung – Sammeleinbürgerung – Masseneinbürgerung	287
b) Unbestimmbarkeit der Massenhaftigkeit	287
2. Allgemeines Verbot von Masseneinbürgerungen?	289
a) Völkervertragsrecht	290
b) Völkergewohnheitsrecht	290
aa) Allgemeine Übung	290
bb) Opinio iuris	292
cc) Ergebnis: Kein völkergewohnheitsrechtliches Verbot	292
c) Allgemeine Rechtsgrundsätze: Verbot des Rechtsmissbrauchs	292
3. Irrelevanz der ›Massenhaftigkeit‹	293
a) Vernünftiger Anknüpfungspunkt	294
b) Extraterritoriale Masseneinbürgerungen	295
c) Freiwilligkeit	296
4. Fazit: Kein Verbot von Masseneinbürgerungen	296
III. Rückwirkende Verleihung	296
1. Gegenstand und Arten der Rückwirkung	297
2. Allgemeines Verbot?	301
a) Menschenrechtliches Verbot?	302
b) Allgemeiner Rechtsgrundsatz	303
c) Völkergewohnheitsrecht	303
3. Verbot in einzelnen Fällen?	305
4. Fazit	306
IV. Mehrstaatigkeit	306
1. Gestattung von Mehrstaatigkeit	307
a) Originäre Mehrstaatigkeit	307
b) Derivative Mehrstaatigkeit	308
2. Vermeidung von Mehrstaatigkeit	308
3. Fazit	309

V.	Staatsukzession	310
1.	Grundlegende Überlegungen	312
a)	Tatbestände einer Staatsukzession	312
b)	Rechtmäßiger Gebietserwerb als Voraussetzung	313
c)	Keine umfassende völkervertragsrechtliche Regelung	317
d)	Anwendbarkeit allgemeiner völkerrechtlicher Vorgaben	318
2.	Erwerb der Staatsangehörigkeit des Nachfolgestaates	319
a)	Kein automatischer Erwerb der Staatsangehörigkeit	319
b)	Recht zur Verleihung der Staatsangehörigkeit	321
aa)	Ansässige Staatsangehörige des Vorgängerstaates	321
bb)	Außerhalb des Gebiets ansässige Staatsangehörige des Vorgängerstaates	322
(1)	Untergang des Vorgängerstaates	323
(2)	Fortbestand des Vorgängerstaates	323
c)	Pflicht zur Verleihung der Staatsangehörigkeit?	325
aa)	Generelle Pflicht zur Übernahme der wohnhaften Bevölkerung?	325
(1)	Nicht rechtsverbindliche Erklärungen	325
(2)	Völkergewohnheitsrecht?	326
(3)	Venire contra factum proprium?	326
(4)	Vertragliche Vorgaben	327
bb)	Pflicht zur Verleihung bei drohender Staatenlosigkeit	327
(1)	Spezielle Vorschriften bzgl. Staatsukzession	328
(a)	Art. 18, 19 EÜStA und Art. 10 Übereinkommen zur Verminderung von Staatenlosigkeit	328
(b)	Art. 20–26 ANSS	329
(c)	Konvention des Europarates über die Vermeidung von Staatenlosigkeit in Zusammenhang mit Staatennachfolge	329
(d)	Völkergewohnheitsrecht?	331
(2)	Die allgemeinen Regeln: Das Recht auf eine Staatsangehörigkeit als zentrales Prinzip	332
(a)	Allgemeines Recht auf eine Staatsangehörigkeit	333
(b)	Recht auf Erwerb einer Staatsangehörigkeit bei Geburt	333
(c)	Recht auf erleichterte Einbürgerung	333
d)	Pflicht zur Gewährung eines Optionsrechts?	334
3.	Gleichbehandlungsnormen	336
4.	Fazit	337

VI. Diplomatisches und konsularisches Personal	338
1. Keine Anwendung von ius soli	338
2. Keine Auferlegung der Staatsangehörigkeit bei Eheschließung	339
3. Keine Auferlegung der Staatsangehörigkeit bei Wohnsitznahme	340
VII. Verleihung in Gebieten mit Gebietshoheit, aber ohne territoriale Souveränität	340
1. Besetzte Gebiete	340
2. Mandats- und Treuhandgebiete	343
VIII. Fazit	343

§ 6 Vorgaben aus Menschenrechten und Rechtsreflexen
zugunsten des Einzelnen 347

I. Menschenrechte im völkerrechtlichen Kontext	349
1. Menschenrechte als Rechte des Individuums	349
a) Menschenrechte versus Rechtsreflexe	349
b) Klassifizierungen	357
2. Zur Rechtsnatur von Menschenrechten	358
a) Rechtsquelle: Vertragsrecht – Gewohnheitsrecht	359
b) Absolute und relative Menschenrechte – Prinzipien und Regeln	361
c) Bindungswirkung	363
d) Erfüllungsstruktur	364
e) Qualifikation als Recht: Abgrenzung zu unverbindlichen Normen	366
3. Auslegung, insbesondere normsatzübergreifende Betrachtung	366
II. Staatsangehörigkeit als Menschenrecht	374
1. Dimensionen des Rechts auf eine Staatsangehörigkeit	374
a) Dimensionen von Menschenrechten	375
b) Dimension des status negativus	376
c) Dimension des status positivus	377
aa) Verleihung der Staatsangehörigkeit als gebotene Leistung	378
bb) Margin of appreciation: Politischer Spielraum	379
cc) Zeitliche Differenzierung	381
2. Recht auf Erwerb einer Staatsangehörigkeit bei Geburt	382
a) Einschlägiges Völkervertragsrecht	382
aa) Explizite Verbürgungen	382
bb) Implizite Verbürgung in Art. 8 EMRK	384
cc) Implizite Verbürgung in Art. 3 ZP4 EMRK?	390
b) Subjektives Recht	392

c) Anspruchsgegenstand: Originärer Erwerb einer Staatsangehörigkeit	393
aa) Einmaliger Erwerb einer Staatsangehörigkeit	393
bb) Einschränkungen des Rechts	396
d) Anspruchsberechtigte: Menschen, für die dieses Recht relevant wird	397
aa) Vier klassische Fallgruppen	397
bb) Sonderfall: Leihmutterchaft	399
e) Anspruchsgegner: Verpflichteter des Rechts	402
aa) Anknüpfung an die Territorialhoheit: (subsidiäres) ius soli	402
(1) Geburts- bzw. Fundstaat	402
(2) Subsidiärer Charakter	405
(3) Territorialer Umfang	407
(a) Staatsgebiet	407
(b) Wasser- und Luftfahrzeuge	409
bb) Anknüpfung an die Personalhoheit: (subsidiäres) ius sanguinis	410
(1) Heimatstaat der Eltern	410
(a) Explizite Verpflichtung des Heimatstaats der Eltern	410
(aa) Übereinkommen zur Verminderung von Staatenlosigkeit	410
(bb) Übereinkommen zur Verringerung der Fälle von Staatenlosigkeit	411
(cc) AraMRK	411
(b) Implizite Verpflichtung?	411
(2) Subsidiärer Charakter	413
(3) Relevanz	413
cc) Anknüpfung an die Diensthöheit?	413
dd) Faktische Kontrolle: Extraterritoriale Gebiete ohne anderen Anknüpfungspunkt?	414
ee) Regelformulierung	415
f) Rechtstechnische Umsetzung	416
g) Völkergewohnheitsrecht	418
aa) Allgemeine Übung (consuetudo)	419
bb) Rechtsüberzeugung (opinio iuris)	420
cc) Ergebnis	421
h) Ergebnis	422
3. Allgemeines Menschenrecht auf eine Staatsangehörigkeit:	
Recht auf Besitz einer Staatsangehörigkeit	422
a) Einschlägige Normsätze	423

aa) Überregional	423
bb) Regional	424
(1) Amerika	424
(2) Europa	425
(a) Art. 8 EMRK	425
(b) Art. 3 ZP4 EMRK?	426
(c) Art. 4 lit. a EÜStA	427
(3) Zentral-Eurasien: Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	428
(4) Afrika	429
(5) Arabischer Raum	430
(6) Asien	430
cc) Sektoral	431
dd) Verbot erniedrigender Behandlung?	431
ee) Zwischenergebnis	433
b) Anspruchsgegenstand: Erwerb einer Staatsangehörigkeit . . .	434
aa) Probleme bei Leistungsrechten	435
bb) Erwerb einer Staatsangehörigkeit	436
cc) Relativer Charakter des allgemeinen Menschenrechts auf eine Staatsangehörigkeit	436
(1) Schrankenklauseln	437
(2) Prinzipiencharakter von Art. 4 lit. a EÜStA	438
(3) Notstandsfestigkeit ungleich Absolutheit	439
(4) Systematik: Interdependenz zwischen status positivus und status negativus	440
(5) Normsatzübergreifende Betrachtung	443
(6) Zwischenergebnis: Pflicht zur Vermeidung von Staatenlosigkeit	443
dd) Regelableitung: Konkretisierungsversuche	445
ee) Auslegungsleitlinie	447
ff) Zwischenergebnis	447
c) Anspruchsgegner: Verpflichteter des Rechts	448
d) Völkergewohnheitsrecht?	449
e) Ergebnis	450
4. Recht auf Erleichterung der Einbürgerung	450
5. Überlegungen de lege ferenda	452
a) Absoluter Charakter?	452
b) Ius nexi?	453
6. Fazit	454
III. Auferlegung der Staatsangehörigkeit (Zwangseinbürgerung)	456
1. Explizites Verbot der Auferlegung der Staatsangehörigkeit? . . .	456

a) Völkergewohnheitsrecht?	457
b) Vertragliche Verbote für gewisse Anknüpfungspunkte	458
2. Weitgehender Gleichlauf mit dem Erfordernis der vernünftigen Verbindung	459
3. Auferlegungen der Staatsangehörigkeit im menschenrechtlichen Kontext	459
a) Vorüberlegungen	460
aa) Generell aus Menschenrechten? Menschenrecht auf freiwillige Einbürgerung?	460
bb) Menschenwürde	461
cc) Recht auf Wechsel der Staatsangehörigkeit (right to change nationality)	464
b) Das Recht auf Achtung des Privatlebens als maßgebliches Menschenrecht	464
aa) Schutzbereich	465
bb) Eingriff	469
cc) Rechtfertigung	471
dd) Ergebnis	474
c) Irrelevanz eventueller Staatenlosigkeit	474
4. Einzelne Anknüpfungspunkte	475
a) Ehe und Eheschließung	475
b) Adoption und Legitimation	477
c) Wohnsitzbegründung im Inland	477
d) Schwache Anknüpfungspunkte: Aufenthalt und berufliche Betätigung im Inland, Wiedereinbürgerung	478
e) Eintritt in den Staatsdienst	479
f) Erwerb von Grund und Boden	479
g) Pauschale Merkmale	480
h) Gebietsübergang	481
5. Fazit	481
IV. Gleichbehandlungsrechte	482
1. Gleichbehandlungsrechte im Kontext der Staatsangehörigkeit	483
a) Gleichheit als wesentliches Gerechtigkeitskriterium	483
aa) Wie soll Gleiches behandelt werden?	484
bb) Was ist gleich?	486
b) Gleichheit vor dem Gesetz und durch das Gesetz	486
c) Klassifizierungen von Gleichbehandlungsnormen	487
aa) Gleichbehandlungsnorm als grundlegender Begriff	488
bb) Allgemeine und spezielle Gleichbehandlungsnormen	489
cc) Akzessorische und autonome Gleichbehandlungsnormen	490

(1) Akzessorische Gleichbehandlungsnormen	490
(2) Autonome Gleichbehandlungsnormen	491
d) Allgemeine Prüfung der Gleichbehandlungsnormen	492
aa) Ungleichbehandlung bzw. Gleichbehandlung	492
(1) Ungleichbehandlung von Gleichem bzw. Gleichbehandlung von Ungleichem	492
(2) Direkte und indirekte Ungleichbehandlung	494
(3) Bevorzugung und Benachteiligung	495
bb) Rechtfertigung	495
(1) Legitimes Ziel	497
(2) Verhältnismäßigkeit	497
(3) Divergenzen zwischen Spruchkörpern	498
2. Einschlägige Gleichbehandlungssätze	499
a) Verbreitung – Persönlicher Geltungsbereich	499
aa) Global	499
bb) Regional	502
(1) Europa	502
(2) Amerika	504
(3) Afrika	505
(4) Arabischer Raum	506
(5) Asien	506
(6) Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)	506
cc) Pluralität der Rechtsverbürgungen: Rechtliche und tatsächliche Unterschiede	507
b) Inhaltliche Reichweite	507
aa) Kombinationsmöglichkeiten	507
bb) Umfassende Geltung bei der Verleihung der Staatsangehörigkeit	509
(1) Autonome Gleichbehandlungssätze	509
(2) Akzessorische Gleichbehandlungssätze	510
(3) Spezialvertragsregime	511
cc) Gleichbehandlung bezüglich des Rechts auf Erwerb einer Staatsangehörigkeit bei Geburt	511
dd) Gleichbehandlung bezüglich des Rechts auf Achtung des Privatlebens	512
c) Das Verbot erniedrigender Behandlung als Sonderfall für extreme Ungleichbehandlungen	518
d) Subjektives Recht	519
3. Einzelne Differenzierungsmerkmale	520
a) Geschlecht	520

aa) Verbreitung der Norm	521
bb) Diversität der Geschlechter	523
(1) Biologisches Geschlecht	523
(2) Psychosoziales Geschlecht: Gender	524
(3) Sexuelle Orientierung	526
cc) Rechtfertigungsmaßstäbe	527
dd) Eigene Staatsangehörigkeit	527
(1) Originärer Staatsangehörigkeitserwerb	528
(2) Derivativer Staatsangehörigkeitserwerb	528
ee) Vermittlung der Staatsangehörigkeit: Staatsangehörigkeit der Kinder	530
(1) Leibliche und adoptierte Kinder	530
(2) Einseitiges ius sanguinis	531
(3) Väterliches (doppeltes) ius soli	532
(4) Einbürgerungshürden für Abkömmlinge	533
b) Geburt	533
aa) Ort der Geburt	534
bb) Ehelichkeit des Kindes	534
cc) Unterscheidung zwischen originärer und derivativer Staatsangehörigkeit	535
c) Nationale Herkunft, ethnische Herkunft/Ethnie	536
aa) Definition	537
bb) Rechtfertigungsmaßstäbe	539
cc) Unterscheidung originärer und derivativer Staatsangehöriger	540
dd) Bevorzugung bei der Einbürgerung aufgrund ethnischer Verbundenheit	540
ee) Benachteiligung, insbesondere Nichtverleihung der Staatsangehörigkeit	543
d) ›Rasse‹, Hautfarbe	544
aa) Definition	544
bb) Völkergewohnheitsrecht	546
cc) Ungleichbehandlung	547
dd) Rechtfertigung?	547
e) Staatsangehörigkeit	547
aa) Einbürgerungsquoten	547
(1) Quoten, die demselben Maßstab folgen	548
(2) Ungleichbehandlung durch Quoten	548
(a) Bevorzugung bestimmter Staatsangehörigkeiten . .	549
(b) Benachteiligung bestimmter Staatsangehörigkeiten	550

bb) Erleichterte Einbürgerung	550
f) Religion, Weltanschauung	551
g) Soziale Herkunft	552
h) Vermögen	553
i) Politische Anschauung	555
j) Sprache	555
k) Bildung, Qualifikation	557
aa) Wissenstests	557
bb) Einbürgerungsquoten für qualifizierte Menschen	558
4. Fazit	558
V. Fazit	559

§ 7 Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen völkerrechtliche Vorgaben 563

I. Verleihung als einseitiger staatlicher Rechtsakt	563
II. Beurteilung der Völkerrechtskonformität	564
1. Internationale Institutionen	565
2. Institutionen anderer Staaten	566
III. Diversität möglicher Rechtsfolgen	567
1. Rechte des verletzten Staates	568
2. Rechte oder Pflichten dritter Staaten	568
3. Verlust einer Rechtsposition des Verletzerstaates	569
4. Nichtigkeit	569
a) Nichtigkeit versus Rechtswidrigkeit	569
b) Ius cogens und die Rechtsfolge der Nichtigkeit	569
IV. Völkerrechtliche Verantwortlichkeit	572
1. Grundtatbestand der völkerrechtlichen Verantwortlichkeit	572
a) Aktive und passive Deliktsfähigkeit	572
b) Zurechenbarer Rechtsverstoß	573
c) Kein Ausschluss	574
d) Keine Verdrängung durch Spezialregeln	574
2. Allgemeine Pflicht zur Beseitigung des Rechtsverstoßes	574
3. Durchsetzung des Völkerrechts	575
a) Akteure der Durchsetzung	575
b) Formen der Durchsetzung durch Staaten	576
aa) Selbsthilfe, insbesondere Gegenmaßnahmen	576
bb) (Schieds-)Gerichtliche Verfahren	577
cc) Diplomatische Verfahren	578
c) Eine Frage der Erfüllungsstruktur	578

aa) Vorgaben mit bilateraler Erfüllungsstruktur	579
bb) Vorgaben mit integraler Erfüllungsstruktur (erga-omnes-Pflichten)	580
4. Haftungsansprüche, insbesondere Wiedergutmachung	582
V. Persönliche Verantwortlichkeit der handelnden Personen?	584
VI. Nichtanerkennung der Staatsangehörigkeit	586
1. Das Prinzip der Nichtanerkennung im Völkerrecht	586
2. Recht bzw. Pflicht zur Nichtanerkennung	588
a) Recht zur Nichtanerkennung	588
b) Völkerrechtliche Pflicht zur Nichtanerkennung?	590
aa) Pflicht zur Nichtanerkennung bei einem Verstoß gegen ius cogens	590
bb) Vorgaben, die ius cogens darstellen?	592
3. Folgen der Nichtanerkennung	593
4. Pflicht zur Anerkennung trotz Völkerrechtswidrigkeit?	594
VII. Völkerrechtliche Fiktion der Staatsangehörigkeit?	596
VIII. Innerstaatliche Rechtsfolgen	598
1. Modi innerstaatlicher Wirkung des Völkerrechts	598
a) Innerstaatliche Geltung	598
b) Normativer Rang	599
c) Unmittelbare Anwendbarkeit	600
2. Verleihung durch Gesetz und durch Verwaltungsentscheidung	600
3. Rechtswidrigkeit und Unwirksamkeit auf nationaler Ebene	601
a) Diversität hinsichtlich innerstaatlicher (Un-)Wirksamkeit und Rechtswidrigkeit	601
aa) Gesetze	602
bb) Einzelfallentscheidungen	602
b) Völkerrechtliche Unwirksamkeit trotz nationaler Wirksamkeit	603
4. Innerstaatliche Pflicht zur bzw. innerstaatliches Verbot der Verleihung	604
a) Verbot der Verleihung	604
b) Pflicht zur Verleihung	605
5. Exkurs zur Rechtslage in Deutschland	605
a) Gemäßigter Dualismus: Differenzierung anhand der einschlägigen Vorgabe	605
b) Völkerrechtsfreundliche Auslegung	607
c) Verleihung durch Gesetz und durch Verwaltungsakt	609
aa) Verleihung durch Gesetz	609
bb) Verleihung durch Verwaltungsakt	610
IX. Fazit	611

Schlussbetrachtung	613
Literatur- und Quellenverzeichnis	629
Stichwortverzeichnis	669

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere/anderer Ansicht
a. E.	am Ende
a. F.	alte Fassung
ABGB	Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch (Österreich)
ABIEG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (bis 2003)
ABIEU	Amtsblatt der Europäischen Union (ab 2004)
Abs.	Absatz
Abschn.	Abschnitt
ACERWC	African Committee of Experts on the Rights and Welfare of the Child
ACommHPR	African Commission on Human and Peoples' Rights
ACRWC	African Charter on the Rights and Welfare of the Child
ACtHPR	African Court on Human and Peoples' Rights
AD	Annual digest of public international law cases
ADP	ILC Draft Articles on Diplomatic Protection
ADR	Annalen des Deutschen Reiches für Gesetzgebung, Verwaltung und Statistik
AEMR	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AfrMRK	Afrikanische Menschenrechtskonvention (Afrikanische Charta der Menschenrechte und Rechte der Völker [Banjul-Charta])
AJIL	American Journal of International Law
AK-GG	Alternativ-Kommentar zum Grundgesetz
allg.	allgemein/e/s
AMRK	Amerikanische Menschenrechtskonvention
ANSS	ILC Draft Articles on Nationality of Natural Persons in relation to the Succession of States
AraMRK	Arabischen Menschenrechtskonvention (Arabische Charta der Menschenrechte) (2004)
ARB 1/80	Assoziationsratsbeschluss 1/80 (Beschluss Nr. 1/80 des Assoziationsrates EWG/Türkei über die Entwicklung der Assoziation vom 19.09.1980)
ARE-StAG	Staatsangehörigkeitsgesetz der Vereinigten Arabischen Emirate
ARG-StAG	Argentinisches Staatsangehörigkeitsgesetz
ARIEL	Austrian Review of International and European Law
ARS	ILC Draft articles on Responsibility of States for Internationally Wrongful Acts
Art.	Artikel; Article

AS	Amtliche Sammlung des Bundesrechts (Schweiz)
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations
AufenthG	Aufenthaltsgesetz
Aufl.	Auflage
Aust. YBIL	Australian Year Book of International Law
AustrianJ.Publ.Intl.Law	Austrian Journal of Public and International Law
AVR	Archiv des Völkerrechts
B-VG	Bundes-Verfassungsgesetz (Österreich)
B.U. Int'l L.J.	Boston University international law journal
BayVerf	Verfassung des Freistaates Bayern
BayVwVfG	Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz
BBG	Bundesbeamtengesetz
BbgVerf	Verfassung des Landes Brandenburg
Bd.	Band
BDGVR	Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht
BeamtStG	Beamtenstatusgesetz (Gesetz zur Regelung des Statusrechts der Beamtinnen und Beamten in den Ländern)
BeckOK	Beck'scher Online-Kommentar
Begr.	Begründer
BEL-StAG	Belgisches Staatsangehörigkeitsgesetz
BEL-Verf	Belgische Verfassung
BEL-VerfGH	Belgischer Verfassungsgerichtshof
BerlinK-GG	Berliner Kommentar zum Grundgesetz
Beschl.	Beschluss
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt (Deutschland)
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BGR-StAG	Bulgarisches Staatsangehörigkeitsgesetz
BK-GG	Bonner Kommentar zum Grundgesetz
BlnVerf	Verfassung von Berlin
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BremStGH	Staatsgerichtshof der Freien Hansestadt Bremen
BremVerf	Verfassung der Freien Hansestadt Bremen
BT-Drs.	Drucksache des Deutschen Bundestages
BüG	Bundesgesetz über das Schweizer Bürgerrecht
BV	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BVFG	Bundesvertriebenengesetz (Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge)
BWVerf	Verfassung des Landes Baden-Württemberg
BYBIL	British Year Book of International Law
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise

ca.	circa
CAN-StAG	Kanadisches Staatsangehörigkeitsgesetz
CAS	Court of Arbitration for Sport
CAT	Convention against Torture and Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment
CCPR	International Covenant on Civil and Political Rights
CEDAW	Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women; Committee on the Elimination of Discrimination against Women
CEPS	Centre for European Policy Studies
CERD	Committee on the Elimination of Racial Discrimination
CETA	Comprehensive Trade and Economic Agreement
CHN-StAG	Staatsangehörigkeitsgesetz der Volksrepublik China
CIA	Central Intelligence Agency
CIEC	Commission Internationale de l'Etat Civil
CIS	Commonwealth of Independent States; Center for Immigration Studies
CML Rev.	Common Market Law Review
CMW	Committee on the Protection of the Rights of All Migrant Workers and Members of Their Families
CoE	Council of Europe
CoE-Doc.	Council of Europe Document
COG-StAG	Staatsangehörigkeitsgesetz der Republik Kongo
COL-Verf	Kolumbianische Verfassung
CRC	Committee on the Rights of the Child
CRI-StAG	Staatsangehörigkeitsgesetz von Costa Rica
CZE-Verf	Tschechische Verfassung
DAJV	Deutsch-Amerikanische Juristen-Vereinigung e.V.
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DDR-GBl.	Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik
DDR-StBG	Gesetz über die Staatsbürgerschaft der DDR
ders.	derselbe
Diss.	Dissertation
DNK-StAG	Dänisches Staatsangehörigkeitsgesetz
DÖV	Die öffentliche Verwaltung: Zeitschrift für öffentliches Recht und Verwaltungswissenschaft
DR	Decisions and Reports of the European Commission of Human Rights
DSD	disorders of sexual development
dt.	deutsch
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
E.L.Rev.	European Law Review
EB-5	employment-based fifth preference category
ebd.	ebenda
ECHR	European Convention on Human Rights
ECOWAS	Economic Community of West African States
ECU-EinbG	Einbürgerungsgesetz von Ecuador
EEAS	European External Action Service

EG	Europäische Gemeinschaften
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EIA	Ethics & International Affairs
Einl.	Einleitung
EJML	European Journal of Migration and Law
EKMR	Europäische Kommission für Menschenrechte
EL	Ergänzungslieferung
ELJ	European Law Journal
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention (Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten)
Entsch.	Entscheidung
EnzEuR	Enzyklopädie Europarecht
EPIL	Encyclopedia of Public International Law
EPrivIL	Encyclopedia of Private International Law
ESP-ZGB	Spanisches Zivilgesetzbuch
et al.	et alii/aliae/alia
etc.	et cetera
ETS	European Treaty Series
EU	Europäische Union
EU-KOM	Europäische Kommission
EUDO	European Union Democracy Observatory
EuG	Europäisches Gericht
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGRZ	Europäische GRUNDRECHTE-Zeitschrift
EUI	European University Institute, Florenz
EuR	Europarecht (Zeitschrift)
EÜStA	Europäisches Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EWCA Civ	England and Wales Court of Appeal Civil division
extr.	extracts
f.	folgende
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
ff.	die Folgenden
FIN-StAG	Finnisches Staatsangehörigkeitsgesetz
Fn.	Fußnote
fortgef.	fortgeführt
FP	Fakultativprotokoll
FRA-Verf	Französische Verfassung
FRA-ZGB	Französisches Zivilgesetzbuch
FS	Festschrift
GA	Generalanwalt/Generalanwältin
GC IV	Geneva Convention IV (Geneva Convention relative to the Protection of Civilian Persons in Time of War)
GEO-StAG	Georgisches Staatsangehörigkeitsgesetz
GFK	Genfer Flüchtlingskonvention (Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge)

GG	Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland
GHA-StAG	Staatsangehörigkeitsgesetz von Ghana
GIN-ZGB	Zivilgesetzbuch von Guinea
GK	Große Kammer
GK-StAR	Gemeinschaftskommentar zum Staatsangehörigkeitsrecht
GLJ	German Law Journal
GLOBALCIT	Global Citizenship Observatory
GMBL	Gemeinsames Ministerialblatt
GRC-StAKodex	Kodex der griechischen Staatsangehörigkeit
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GS	Gedächtnisschrift
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GW	Grundwerk
GYIL	German Yearbook of International Law
Habil.	Habilitation
Halbs.	Halbsatz
Harv.Hum.Rts.J.	Harvard Human Rights Journal
Harv.Int'l L.J.	Harvard International Law Journal
HAuslG	Gesetz über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer im Bundesgebiet
HessVerf	Verfassung des Landes Hessen
HGR	Handbuch der Grundrechte
HLKO	Haager Landkriegsordnung (Ordnung der Gesetze und Gebräuche des Landkriegs)
HNWI	high-net-worth individual(s)
HRLJ	Human Rights Law Journal
Hrsg.	Herausgeber
HRV-StAG	Kroatisches Staatsangehörigkeitsgesetz
HStR	Handbuch des Staatsrechts
HUN-StAG	Ungarisches Staatsangehörigkeitsgesetz
i. d. F.	in der Fassung
i. e. S.	im engeren Sinne
i. S. v.	im Sinne von
i. w. S.	im weiteren Sinne
IAAF	International Association of Athletics Federations
IACCommHR	Inter-American Commission on Human Rights
IACtHR	Inter-American Court of Human Rights
ICAO	International Civil Aviation Organisation
ICERD	International Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination
ICJ	International Court of Justice
ICLQ	International and Comparative Law Quarterly
ICRC	International Committee of the Red Cross
ICSID	International Centre for Settlement of Investment Disputes
ICTY	International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia
IDN-StAG	Indonesisches Staatsangehörigkeitsgesetz
IGH	Internationaler Gerichtshof

IIP	Individual Investor Programme (Malta)
ILA	International Law Association
ILC	International Law Commission
ILM	International Legal Materials
ILR	International Law Reports
IMC	Investment Migration Council
IMG	Internationaler Militärgerichtshof
IMISCOE	International Migration, Integration and Social Cohesion
insbes.	insbesondere
IntKommEMRK	Internationaler Kommentar zur Europäischen Menschenrechtskonvention
IPbpR	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte
IPwskR	Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte
IRN-ZGB	Iranisches Zivilgesetzbuch
ISR-StAG	Israelisches Staatsangehörigkeitsgesetz
IStGH	Internationaler Strafgerichtshof
ITA-Verf	Italienische Verfassung
IUSCT	Iran-United States Claims Tribunal
JCES	Journal of Contemporary European Studies
JCMS	Journal of Common Market Studies
JEMS	Journal of Ethnic and Migration Studies
Jhd.	Jahrhundert
JuS	Juristische Schulung
JYIL	Jewish Yearbook of International Law
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
KRK	Kinderrechtskonvention (Übereinkommen über die Rechte des Kindes)
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
KWT-StAG	Staatsangehörigkeitsgesetz von Kuwait
LAO-StAG	Staatsangehörigkeitsgesetz von Laos
LG	Landgericht
lit.	littera
LN	Legal Notice
LNTS	League of Nations Treaty Series
LQR	The Law Quarterly Review
LSAVerf	Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt
LTU-StAG	Litauisches Staatsangehörigkeitsgesetz
LUX-StAG	Luxemburgisches Staatsangehörigkeitsgesetz
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
m. W. v.	mit Wirkung vom
McGill L.J	McGill Law Journal
MDA-StAG	Staatsangehörigkeitsgesetz der Republik Moldau
MERCOSUR	Mercado Común del Sur
Mich.J.Int'l L.	Michigan Journal of International Law
Mich.St.Int'l L.Rev.	Michigan State International Law Review
Mio.	Millionen

MitDtGesVöR	Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht
MJ	Maastricht Journal of European and Comparative Law
MLT-StAG	Maltesisches Staatsangehörigkeitsgesetz
MNG-StAG	Staatsangehörigkeitsgesetz der Mongolei
MPEPIL	Max Planck Encyclopedia of Public International Law
MRA	Menschenrechtsausschuss (Ausschuss für bürgerliche und politische Rechte)
MRTDs	Machine Readable Travel Documents
MüKoBGB	Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch
n°	numéro; número
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NdsVerf	Verfassung des Landes Niedersachsen
NILR	Netherlands International Law Review
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NLD-StAG	Niederländisches Staatsangehörigkeitsgesetz
NLD-Verf	Niederländische Verfassung
No.	Number/s
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
Nr.	Nummer
NRW	Nordrhein-Westfalen
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht Rechtsprechungs-Report
NYIL	Netherlands Yearbook of International Law
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
OAS	Organisation Amerikanischer Staaten
OAU	Organization of African Unity
OAU-Doc.	Organization of African Unity Document
ÖBGBl.	Österreichisches Bundesgesetzblatt
OIC	Organisation of Islamic Conference (Organisation der Islamischen Zusammenarbeit)
OLG	Oberlandesgericht
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
OVG	Oberverwaltungsgericht
OVKS	Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit
ÖZöRV	Österreichische Zeitschrift für öffentliches Recht und Völkerrecht
para.	paragraph
PassG	Passgesetz
PCA	Permanent Court of Arbitration
PCIJ	Permanent Court of International Justice
PER-StAG	Peruanisches Staatsangehörigkeitsgesetz
PER-Verf	Peruanische Verfassung
Pl.	Plenum
PNG-Verf	Staatsangehörigkeitsgesetz von Papua-Neuguinea
PRT-StAG	Portugiesisches Staatsangehörigkeitsgesetz
PVS	Politische Vierteljahresschrift
QAT-StAG	Staatsangehörigkeitsgesetz von Katar
R.S.C.	Revised Statutes of Canada

RdC	Recueil des Cours
Rep.	Reports
RGBL	Reichsgesetzblatt
RIAA	Reports of International Arbitral Awards
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
ROU-StAG	Rumänisches Staatsangehörigkeitsgesetz
RSCAS	Robert Schuman Centre for Advanced Studies
RUS-StAG	Russisches Staatsangehörigkeitsgesetz
RUS-Verf	Russische Verfassung
RuStAG	Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz des Deutschen Reichs
RW	Rechtswissenschaft: Zeitschrift für rechtswissenschaftliche Forschung
RWA-StAG	Staatsangehörigkeitsgesetz von Ruanda
Rz.	Randzeichen
RzW	Rechtsprechung zum Wiedergutmachungsrecht
S.	Satz; Seite
S.L.	Subsidiary Legislation
SCR	Supreme Court Reports (Canada)
Sec.	Section
Ser.	Series
sog.	sogenannte/r/s
SRÜ	Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen
SS	Schutzstaffel
St.	Saint
st.Rspr.	ständige Rechtsprechung
StAG	Staatsangehörigkeitsgesetz (Deutschland)
StAngR	Staatsangehörigkeitsrecht
StAngRegG	Staatsangehörigkeitsfragen-Regelungsgesetz (Gesetz zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit)
StAR-VwV	Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Staatsangehörigkeitsrecht
StARG-E	Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts
StAZ	Das Standesamt: Zeitschrift für Standesamtswesen, Familienrecht, Staatsangehörigkeitsrecht, Personenstandsrecht, internationales Privatrecht des In- und Auslandes
StbG	Staatsbürgerschaftsgesetz (Bundesgesetz über die österreichische Staatsbürgerschaft)
StGB	Strafgesetzbuch (Deutschland)
StIGH	Ständiger Internationaler Gerichtshof
StPO	Strafprozessordnung
SVK-StAG	Slowakisches Staatsangehörigkeitsgesetz
SVN-StAG	Slowenisches Staatsangehörigkeitsgesetz
SVP	Schweizerische Volkspartei
SWE-Verf	Schwedische Verfassung
SWP	Stiftung Wissenschaft und Politik
SZ	Süddeutsche Zeitung
TGO-StAG	Staatsangehörigkeitsgesetz des Togo
THA-StAG	Staatsangehörigkeitsgesetz von Thailand

TIAR	Tratado Interamericano de Asistencia Recíproca
Tilburg L.Rev.	Tilburg Law Review
Tul.Mar.L.J.	Tulane Maritime Law Journal
TUR-StAG	Türkisches Staatsangehörigkeitsgesetz
u. a.	unter anderem; und andere/s
U.Chi.L.Rev.	University of Chicago Law Review
UAbs.	Unterabsatz
UDHR	Universal Declaration of Human Rights
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UHNWI	ultra-high-net-worth individual(s)
UK	United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
UK-StAG	Staatsangehörigkeitsgesetz des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland
UKAIT	United Kingdom Asylum and Immigration Tribunal
UKR-StAG	Ukrainisches Staatsangehörigkeitsgesetz
UKSC	Supreme Court of the United Kingdom
UmwRG	Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz (Gesetz über ergänzende Vorschriften zu Rechtsbehelfen in Umweltangelegenheiten nach der EG-Richtlinie 2003/35/EG)
UN	United Nations
UN-Doc.	United Nations Document
UN-GA	United Nations General Assembly
UN-SC	United Nations Security Council
UNCh	Charter of the United Nations
UNCLOS	United Nations Convention on the Law of the Sea
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
Univ.	Universität
UNO	United Nations Organization
UNTS	United Nations Treaty Series
Urt.	Urteil
US	United States
USA	United States of America
USA-StAG	Staatsangehörigkeitsgesetz der USA
USA-Verf	Verfassung der USA
USCIS	United States Citizenship and Immigration Services
v.	von; vom
VAH-StAG	Vorläufige Anwendungshinweise des Bundesministeriums des Innern zum Staatsangehörigkeitsgesetz 2015
VCLT	Vienna Convention on the Law of Treaty
VEN-StAG	Staatsangehörigkeitsgesetz von Venezuela
VerfO-EGMR	Verfahrensordnung des EGMR
VfGH	Verfassungsgerichtshof (Österreich)
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VJIL	Virginia Journal of International Law
VN	Vereinte Nationen: Zeitschrift für die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen

Vol.	Volume
Vorb.	Vorbemerkung
VRÜ	Verfassung und Recht in Übersee
vs.	versus
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WLR	Weekly Law Reports
WTO	World Trade Organisation
WÜD	Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen
WÜK	Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen
WVK	Wiener Vertragsrechtskonvention (Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge)
YILC	Yearbook of the International Law Commission
YJLH	Yale Journal of Law & the Humanities
YLJ	Yale Law Journal
YLJH	Yale Journal of Law and the Humanities
z. B.	zum Beispiel
z. T.	zum Teil
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches Recht und Völkerrecht
ZAR	Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik
Ziff.	Ziffer
ZP	Zusatzprotokoll
ZParl	Zeitschrift für Parlamentsfragen
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
zugl.	zugleich
Zul.	Zulässigkeit

Einleitung

Die derzeitige (völkerrechtliche) Welt basiert auf dem Nebeneinander souveräner, rechtlich gleicher Staaten. Wie auch das rechtliche Konstrukt des Staates stellt die Angehörigkeit zu diesem, sprich die Staatsangehörigkeit, eine Antwort auf gesellschaftliche Erfordernisse dar. Insbesondere in Zeiten globaler Migrationsströme ist die Staatsangehörigkeit ein zentraler Punkt, denn es ist maßgeblich sie, die die Menschen den verschiedenen Staaten zuweist.

Die Unterscheidung zwischen In- und Ausländern anhand der Staatsangehörigkeit entspringt einer faktischen Notwendigkeit: Im Jahr 2019 lebten ca. 7,7 Milliarden Menschen auf der Erde,¹ in über 190 Staaten². Diese enorme Anzahl von Menschen muss aufgeteilt werden. Die Frage ist nicht ob, sondern wie. Derzeit geschieht die Zuordnung vor allem durch die Staatsangehörigkeit, also durch die formale Zuordnung eines Menschen zu einem Staat. Die Unterscheidung anhand der Staatsangehörigkeit als gegebenes Faktum akzeptierend ist die maßgebliche Frage die nach dem Zugang zu den einzelnen Staatsangehörigkeiten. Die Beantwortung dieser Frage ist in der heutigen Zeit nicht jedem Staat allein überlassen, sondern partiell durch die Staatengemeinschaft, sprich das Völkerrecht geregelt. Inwiefern das Völkerrecht Vorgaben für die Verleihung der Staatsangehörigkeit setzt, untersucht die vorliegende Arbeit.

I. Die Materie ›Staatsangehörigkeitsrecht‹ als Gegenstand des Völkerrechts

Das Staatsangehörigkeitsrecht wird oft als eine der letzten Bastionen der staatlichen Souveränität angesehen, in die das Völkerrecht nicht vordringt. Allerdings ist diese Annahme *prima facie* unplausibel, wenn man eine bedeutende Änderung der letzten Dekaden betrachtet: die starke Zunahme des Völkerrechts und

¹ UN Department of Economic and Social Affairs, Population Division, World Population Prospects 2019, Vol. I: Comprehensive Tables (ST/ESA/SER.A/426), S. 2.

² So hat die UNO 193 Mitgliedstaaten. Allerdings weist z. B. die KRK 196 Vertragsparteien auf.

die damit einhergehende Einhegung (national-)staatlicher Freiheit.³ Insofern stellt sich die Frage, welche Vorgaben die Staatengemeinschaft (die in Theorie die gesamte menschliche Bevölkerung repräsentiert) hinsichtlich der Zuteilung zu ihren Untergruppierungen aufstellt. Diese Arbeit soll ein erster Zugriff auf das (moderne) »Internationale Staatsangehörigkeitsrecht« sein. Die zugrundeliegende These ist, dass das Völkerrecht mehr als nur marginale Vorgaben betreffend des Staatsangehörigkeitsrechts enthält. Dies entspricht der allgemeinen Durchdringung nationaler Bereiche durch das Völkerrecht.

Dass das Völkerrecht heutzutage Vorgaben für die Verleihung der Staatsangehörigkeit enthält, kann nicht ernsthaft bestritten werden. Offensichtlich ist der völkerrechtliche Zugriff auf das Staatsangehörigkeitsrecht durch das Europäische Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit vom 06.11.1997 (EÜStA)⁴. Aber auch abseits derartiger Spezialregime zeigt sich der völkerrechtliche Zugriff auf das Staatsangehörigkeitsrecht z. B. bei der Garantierung eines Menschenrechts auf eine Staatsangehörigkeit,⁵ wie es zwar nicht rechtsverbindlich, gleichwohl prototypisch in Art. 15 AEMR festgehalten ist. Aber auch abseits dieses Rechts setzt das Völkerrecht – sowohl im zwischenstaatlichen Verhältnis als auch auf menschenrechtlicher Ebene – den Staaten Vorgaben.

Freilich kann eine Dissertation keine vollständige Analyse all jener völkerrechtlichen Vorgaben bieten, die das Staatsangehörigkeitsrecht beeinflussen. Die vorhandenen Vorgaben umfassen das gesamte Spektrum des Staatsangehörigkeitsrechts: Es existieren materielle Vorgaben – sowohl für die Verleihung als auch für den Verlust der Staatsangehörigkeit – sowie prozedurale Vorgaben. Obgleich sich auch aus dem Unionsrecht⁶ sowie den nationalen Verfassungen⁷ Vor-

³ Vgl. z. B. v. *Arnauld*, Völkerrecht, Rn. 29–34. Vgl. ferner die Emergenz verschiedener Menschenrechtsregime: EMRK (1950); IPbPR (1966); AMRK (1969); CEDAW (1979); AfrMRK (1981); KRK (1989); AraMRK (2004).

⁴ ETS No. 166; BGBl. 2004 II, S. 578; ÖBGBl. III Nr. 39/2000. Für Deutschland in Kraft seit dem 01.09.2005, BGBl. 2005 II, S. 1351.

⁵ Zum Recht auf eine Staatsangehörigkeit → § 6 II., S. 374 ff.

⁶ Siehe z. B. *Haack*, Staatsangehörigkeit – Unionsbürgerschaft – Völkerrechtssubjektivität, in: *Isensee/Kirchhof*, HStR X, § 205 Rn. 25 f. Vgl. ferner *GA Maduro* in EuGH, C-135/08, ECLI:EU:C:2009:588, Rn. 30 – *Rottmann*: »Zu den Vorschriften, die die Gesetzgebungsbefugnis der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet des Staatsangehörigkeitsrechts beschränken können, gehören auch die Bestimmungen des primären Gemeinschaftsrechts und die allgemeinen Grundsätze des Gemeinschaftsrechts. Diese Auffassung wird von der Rechtslehre und der Hellenischen Republik in ihrer Stellungnahme zu dem in Art. 10 EG aufgestellten Grundsatz der Gemeinschaftstreue vertreten, der etwa dann berührt sein könnte, wenn ein Mitgliedstaat unter Verstoß gegen geltendes Recht auf massive Weise die Einbürgerung von Drittstaatsangehörigen betriebe, ohne zuvor die Kommission oder seine Partner zu konsultieren«.

⁷ Für das GG siehe z. B. BVerfGE 37, 217 (239): »Mit alledem wäre die Auffassung unvereinbar, die Entscheidung über den Erwerb eines derart bedeutsamen Status könne im freien

gaben für die Verleihung der Staatsangehörigkeit ergeben, werden in dieser Arbeit nur die völkerrechtlichen Vorgaben untersucht. Auch wird allein die *Verleihung* der Staatsangehörigkeit betrachtet. Der gesamte Bereich des Verlusts der Staatsangehörigkeit (*withdrawal/deprivation/loss of nationality*⁸) wird ausgeklammert.⁹ Zudem nimmt die Arbeit nur *materielle* Vorgaben für die Verleihung der Staatsangehörigkeit in den Blick, prozedurale Vorgaben bleiben außer Betracht. Insofern werden z. B. Vorgaben bzgl. der Gebühren hinsichtlich der Verleihung der Staatsangehörigkeit (vgl. z. B. Art. 13 EÜStA) und andere Verfahrensgarantien (vgl. z. B. Art. 10–12 EÜStA, Art. 25 AMRK)¹⁰ nicht behandelt. Ferner werden materielle Vorgaben hinsichtlich bestimmter Einbürgerungskriterien ausgeklammert. So werden z. B. Vorgaben hinsichtlich der Höchstwohnsitzdauer als Voraussetzung für Einbürgerungen (vgl. z. B. Art. 6 Abs. 3 EÜStA)¹¹ nicht untersucht.

Da dieses Buch einen groben Zugriff auf das Völkerrecht der Staatsangehörigkeit nimmt, werden bilaterale Verträge, welche gerade nur für zwei Staaten gewisse Regelungen aufstellen, außer Betracht gelassen.¹² Aufgrund des beschränkten Geltungsbereichs stellen diese keine allgemeinen Regeln auf.

Belieben von Staatsorganen stehen; auch würde es nicht genügen, die Regeln darüber lediglich sach- und systemgerecht auszugestalten. Vielmehr müssen die entsprechenden Gesetze die Grundentscheidungen der Verfassung, wie sie vor allem in den Grundrechten zum Ausdruck kommen, beachten und ihrerseits zu deren Verwirklichung beitragen. Regeln über die Weitergabe der Staatsangehörigkeit in der Generationenfolge, die an die Familienbindung des einzelnen anknüpfen, können daher nur auf der Grundlage der Wertentscheidungen getroffen werden, in denen die Verfassung das Verhältnis der Geschlechter zueinander, die Beziehungen in der Familie und deren Verhältnis zum Staat kennzeichnet und bestimmt. Als solche Wertentscheidungen sind im vorliegenden Zusammenhang namentlich der Grundsatz der Gleichberechtigung von Männern und Frauen nach Art. 3 Abs. 2 GG und das Elternrecht nach Art. 6 Abs. 2 GG maßgebend.« Ferner BVerfG, 2 BvR 2628/18, Beschl. v. 20.05.2020, Rn. 19–25; BVerwGE 114, 195 (juris Rn. 12); BVerwG, 1 B 102/85, Beschl. v. 11.10.1985, juris Rn. 5.

⁸ Zur Terminologie siehe UNHCR, Expert Meeting – Interpreting the 1961 Statelessness Convention and Avoiding Statelessness resulting from Loss and Deprivation of Nationality (2013), Rn. 9 f.

⁹ Überblicksartig zu den völkerrechtlichen Vorgaben hinsichtlich des Verlusts der Staatsangehörigkeit z. B. *Hailbronner*, in: *Hailbronner/Maaßen/Hecker/Kau, StAngR, Teil I, Abschn. D Rn. 73–82*.

¹⁰ Vgl. ferner z. B. Art. 12 Konvention des Europarats über die Vermeidung von Staatenlosigkeit in Zusammenhang mit Staatennachfolge (2006); Art. 17 ILC Draft Articles on Nationality of Natural Persons in relation to the Succession of States (1999).

¹¹ Siehe hierzu *Spiro*, AJIL 105 (2011), S. 694 (724).

¹² Einen Überblick zu Vorgaben aus bilateralen Verträgen bzgl. Deutschland liefert *Hailbronner*, in: *Hailbronner/Maaßen/Hecker/Kau, StAngR, Teil I, Abschn. D Rn. 10 f.*

II. Staatsangehörigkeitsrecht im Wandel

Das Staatsangehörigkeitsrecht ist in besonderem Maße von politisch-gesellschaftlichen Vorstellungen geprägt und deshalb im Laufe der Zeit (und damit einhergehender Änderungen entsprechender Vorstellungen) starken Wandlungen unterworfen.¹³ Auf völkerrechtlicher Ebene hat sich dieser Wandel vor allem in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gezeigt, indem eine starke Zunahme von staatsangehörigkeitsrechtlich relevanten Regelungen stattgefunden hat. Hierdurch wurden zum Teil tradierte Praktiken verboten: Exemplarisch hierfür steht die Gleichberechtigung der Frau in Fragen der Staatsangehörigkeit.¹⁴ Aber auch in jüngerer Zeit zeigen sich Entwicklungen, wie allein ein Blick auf die progressive Rechtsprechung des EGMR veranschaulicht.¹⁵ Exemplarisch ist die Entscheidung in der Rechtssache *Genovese/Malta* (2011)¹⁶, in welcher der EGMR die Anwendbarkeit des akzessorischen Gleichbehandlungssatzes aus Art. 14 EMRK bei der Verleihung der Staatsangehörigkeit mithilfe von Art. 8 EMRK begründete.¹⁷ Der EGMR wendete erstmals Art. 14 EMRK auf das Staatsangehörigkeitsrecht eines Konventionsstaates an und löste hierdurch auch abseits des beklagten Staates Malta Gesetzesänderungen im Staatsangehörigkeitsrecht von Konventionsstaaten aus.¹⁸

¹³ Hierzu z.B. *Gosewinkel*, Einbürgern und Ausschließen, *passim*, restimierend S. 423: »Der Wandel der Staatsangehörigkeit als *politischer* Institution, [...] wird vom Wandel der politischen Systeme beeinflusst. Er folgt jedoch nicht deren zeitlichen Zäsuren. Nicht der Übergang von der Monarchie zur Demokratie, sondern demographische Veränderungen, Wanderungsbewegungen, Wandlungen der nationalen Mentalität, vor allem Kriege haben der deutschen Staatsangehörigkeit Form und Gestalt gegeben.« (Hervorhebung im Original). Siehe auch *Gosewinkel*, Schutz und Freiheit? Staatsbürgerschaft in Europa im 20. und 21. Jahrhundert, *passim*.

¹⁴ Siehe insbesondere Vorgaben aus Gleichbehandlungssätzen aufgrund des Geschlechts → § 6 IV. 3. a), S. 520 ff. Ferner das Verbot der Auferlegung der Staatsangehörigkeit aufgrund Ehe und Eheschließung → § 6 III. 4. a), S. 475 ff.

¹⁵ Vgl. EGMR, No. 31414/96, Rep. 1999-II – *Karashev/Finland* (willkürliches Vorenthalten der Staatsangehörigkeit kann einen Verstoß gegen Art. 8 EMRK darstellen, → § 6 II. 2. a) bb), S. 384 ff.); EGMR, No. 76136/12, Rep. 2016 (extr.), § 85 – *Ramadan/Malta*; No. 42387/13, § 49 – *K2/United Kingdom* (2017); No. 7549/09, 33330/11, § 108 – *Alpeyeva and Dzhalagoniya/Russia* (2018); No. 74411/16, § 62 – *Said Abdul Salam Mubarak/Denmark* (2019); No. 52273/16 u. a., § 43 – *Ghoumid et al./France* (2020) (willkürlicher Entzug der Staatsangehörigkeit kann eine Verletzung von Art. 8 EMRK begründen); EGMR, No. 46343/99, §§ 153 f. – *Riener/Bulgaria* (2006); No. 44230/06, Rep. 2015, § 73 – *Petropavlovskis/Latvia* (willkürliches Festhalten an Staatsangehörigkeit [also die fehlende Möglichkeit der Aufgabe] kann einen Verstoß gegen Art. 8 EMRK darstellen).

¹⁶ EGMR, No. 53124/09 – *Genovese/Malta* (2011).

¹⁷ Zur *Genovese*-Entscheidung → § 6 IV. 2. b) dd), S. 512 ff.

¹⁸ Exemplarisch ist das Vorgehen Österreichs, welches im Jahr 2013 § 7 StbG, der ebenfalls

In Anbetracht derartiger Entwicklungen können ältere Auseinandersetzungen mit dem Internationalen Staatsangehörigkeitsrecht kein hinreichendes Bild der aktuellen Lage zeichnen: Zwar gab es in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts umfangreiche Auseinandersetzungen mit der Bedeutung des Völkerrechts in Fragen der Staatsangehörigkeit,¹⁹ allerdings konnten jene moderne Konzepte des Völkerrechts – allen voran die vielfältige Entwicklung von Menschenrechten – nicht aufnehmen.

Auch in den letzten Jahren zeigt sich ein reges wissenschaftliches Interesse auf dem Gebiet des Internationalen Staatsangehörigkeitsrechts.²⁰ Gleichwohl wird

zwischen ehelichen und unehelichen Kindern unterschied, im Anschluss an die *Genovese*-Entscheidung änderte (siehe Nr. 2 des Bundesgesetzes, mit dem das Staatsbürgerschaftsgesetz 1985 geändert wird [ÖBGBl. I Nr. 136/2013]). Der Änderung lag eine Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs zugrunde, in welcher dieser § 7 StbG (a. F.) unter Heranziehung der *Genovese*-Entscheidung für verfassungswidrig erklärte (VfGH, G 66/12-7, G 67/12-7, Entsch. v. 29.11.2012, Rn. 34–42).

¹⁹ Vgl. *Makarov*, Allgemeine Lehren des Staatsangehörigkeitsrechts (1947, 1962); *Dubois*, Die Frage der völkerrechtlichen Schranken landesrechtlicher Regelung der Staatsangehörigkeit (1955); *van Panhuys*, The Role of Nationality in International Law (1959); *Weis*, Nationality and Statelessness in International Law (1956, 1979); *Brownlie*, The relations of nationality in public international law, BYBIL 39 (1963), S. 284–364; *Donner*, The Regulation of Nationality in International Law (1983, 1994).

²⁰ Siehe nur *Harzi*, Passportizatsiya revisited: Extraterritorial naturalization in the cases of Abkhazia and South Ossetia, AVR 58 (2020), S. 73–101; *Kälin*, Ius Doni in International Law and EU Law (2019); *Worster*, The Obligation to Grant Nationality to Stateless Children Under Customary International Law, Michigan State International Law Review 27 (2019), S. 441–538; *Worster*, The Obligation to Grant Nationality to Stateless Children Under Treaty Law, Tilburg Law Review 24(2) (2019), S. 204–216; *Shachar/Bauböck/Bloemraad/Vink* (Hrsg.), The Oxford Handbook of Citizenship (2017); *Matias*, Citizenship as a Human Right (2016); *Edwards/Waas* (Hrsg.), Nationality and statelessness under international law (2014); *Zimmermann/Landefeld*, Europäische Menschenrechtskonvention und das Staatsangehörigkeitsrecht der Konventionsstaaten, ZAR 34 (2014), S. 97–105; *Annoni/Forlati* (Hrsg.), The changing role of nationality in international law (2013); *Traunmüller*, »Kin-States« and »Extraterritorial Naturalization« – Some Reflections Under International Law, ARIEL 18 (2013), S. 99–152; *de Groot/Vonk*, Nationality, Statelessness and ECHR's Article 8: Comments on *Genovese v. Malta*, EJML 14 (2012), S. 317–325; *Uslucan*, Zur Weiterentwicklungsfähigkeit des Menschenrechts auf Staatsangehörigkeit (2012); *Spiro*, A New International Law of Citizenship, AJIL 105 (2011), S. 694–746; *Peters*, Extraterritorial Naturalizations: Between the Human Right to Nationality, State Sovereignty and Fair Principles of Jurisdiction, GYIL 53 (2010), S. 623–726; *Sloane*, Breaking the Genuine Link: The Contemporary International Legal Regulation of Nationality, Harv.Int'l L.J. 50 (2009), S. 1–60; *van Waas*, Nationality Matters: Statelessness under international law (2008); *Boll*, Multiple Nationality and International Law (2007); *Oellers-Frahm*, Völkerrechtliche Fragen der Gleichberechtigung im Staatsangehörigkeitsrecht, in: Zimmermann/Giegerich, Gender und Internationales Recht (2007), S. 31–47; *Bauböck/Ershöll/Groenendijk/Waldrauch* (Hrsg.), Acquisition and Loss of Nationality: Policies and Trends in 15 European States, Vol. 1: Comparative Analyses (2006); *Doek*, The CRC and the right to acquire

die Frage der Verleihung der Staatsangehörigkeit und diesbezüglicher völkerrechtlichen Vorgaben nie systematisch und erschöpfend behandelt. Auch im nationalen Diskurs wird zwar die Relevanz völkerrechtlicher Vorgaben in Fragen der Staatsangehörigkeit regelmäßig als Bestandteil der staatsangehörigkeitsrechtlichen Literatur gesehen,²¹ allerdings (der Natur der Werke entsprechend) nur oberflächlich behandelt. Auch Lehrbücher des Völkerrechts beschränken sich auf einen kurzen Verweis auf die Existenz völkerrechtlicher Vorgaben für die Verleihung der Staatsangehörigkeit, machen aber keine substanziellen Ausführungen.²² Insgesamt existieren Werke, die Aspekte der vorliegenden Arbeit beleuchten, allerdings immer nur kleine Ausschnitte untersuchen und kein Gesamtbild aufzeigen. Zudem fehlt zuweilen schlicht der (völkerrechts-)dogmatische Unterbau.

Insgesamt stellen sich zahlreiche Fragen, nicht nur hinsichtlich des oft proklamierten Menschenrechts auf eine Staatsangehörigkeit²³. Denn auch Fragen der Gleichbehandlung²⁴ und der Zulässigkeit der Auferlegung der Staatsangehörigkeit (Zwangseinbürgerung)²⁵ werfen menschenrechtliche Probleme auf. Aber auch abseits menschenrechtlicher Überlegungen bestehen Fragen, wie z. B. die bis heute weitgehend ungeklärte Voraussetzung eines der Staatsangehörigkeitsverleihung zugrunde liegenden *genuine link*²⁶ und das neuerdings virulent gewordene Problem des Verhältnisses von Staatsangehörigkeitsverleihung und Interventionsverbot²⁷.

and to preserve a nationality, *Refugee Survey Quarterly* 25(3) (2006), S. 26–32; *Ziemele*, *State Continuity and Nationality* (2005); *Knocke*, *Das Europäische Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit als Schranke für die Regelung des nationalen Staatsangehörigkeitsrechts* (2005). Für eine umfangreiche Literaturliste vgl. *de Groot/Vonk*, *International standards on nationality law* (2016), S. 3–82. Siehe ferner das Projekt *Global Citizenship Observatory* (GLOBALCIT), im Internet zu finden unter: <https://globalcit.eu> (11.09.2021).

²¹ Vgl. z. B. *Hailbronner*, in: *Hailbronner/Maaßen/Hecker/Kau*, *StAngR*, Teil I, Abschn. D; *Marx*, in: *Fritz/Vormeier*, *GK-StAR*, 1. EL (November 2000)/8. EL (Mai 2006), IV – 2 Einführung Rn. 149–224; *Fransman*, *Fransman’s British Nationality Law*, S. 7–9, 14–19, 23–58; *Giegerich*, in: *Maunz/Dürig*, *GG*, 78. EL (2016), Art. 16 Abs. 1 Rn. 42–57; *Berlit*, *Grundlagen des Staatsangehörigkeitsrechts*, in: *Dörig*, *Handbuch Migrations- und Integrationsrecht*, § 1 Rn. 16–21; *Zimmermann/Tams*, in: *Friauf/Höfling*, *BerlinK-GG*, 15. EL (2006), Art. 16 Rn. 13–19; *Kämmerer*, in: *Kahl/Waldhoff/Walter*, *BK-GG*, 176. EL (2015), Art. 16 Rn. 33–46; *Becker*, in: *v. Mangoldt/Klein/Starck*, *GG*, Art. 16 Rn. 11–14; *Wittreck*, in: *Dreier*, *GG*, Art. 16 Rn. 16–21.

²² Vgl. z. B. *Kau*, in: *Graf Vitzthum/Proelß*, *Völkerrecht*, Abschn. 3 Rn. 107–115; *Hobe*, *Völkerrecht*, S. 66–73; *v. Arnould*, *Völkerrecht*, Rn. 84; *Epping*, in: *Ipsen*, *Völkerrecht*, § 7 Rn. 83–95.

²³ Zur Staatsangehörigkeit als Menschenrecht → § 6 II., S. 374 ff.

²⁴ → § 6 IV., S. 482 ff.

²⁵ → § 6 III., S. 456 ff.

²⁶ → § 4 II., S. 211 ff.

²⁷ → § 5 I., S. 259 ff.

Die Relevanz (und für manche auch die Notwendigkeit) völkerrechtlicher Vorgaben für die Verleihung der Staatsangehörigkeit zeigt sich zuvorderst, aber nicht zuletzt bei zwei in Mode gekommenen Einbürgerungspraktiken, namentlich der sog. *passportisation* und dem sog. ›Verkauf‹ von Staatsangehörigkeiten. Diese beiden Entwicklungen bilden auch den Auslöser für die vorliegende Arbeit.

Eine erste aktuelle Fragestellung stellen massenhafte, regional verdichtete extraterritoriale Einbürgerungen dar.²⁸ Derartige Praktiken werden zuweilen als *passportisation* bezeichnet. Zu nennen ist hier im Besonderen die Einbürgerungspraxis Russlands in grenznahen Regionen, oder nach russischer Diktion dem ›Nahen Ausland‹²⁹. Insbesondere großzügige Verleihungen der russischen Staatsangehörigkeit in den Regionen Abchasien und Südossetien (Georgien), Donezk und Luhansk (Ukraine) sowie auf der Krim (Ukraine) stechen hervor. So verfügt z. B. die Bevölkerung Abchasiens und Südossetiens inzwischen mehrheitlich (zu über 80 %) über die russische Staatsangehörigkeit, obwohl diese Regionen Teile Georgiens sind.³⁰ In diesem Kontext gab es immer wieder Verlautbarungen Russlands, man müsse die eigene Bevölkerung in Abchasien und Südossetien stärker unterstützen bzw. beschützen. Die damit einhergehenden Spannungen zwischen Russland und Georgien mündeten schließlich im August 2008 im sog. Fünf-Tage-Krieg.³¹ Das Eingreifen begründete Russland unter anderem mit dem Schutz russischer Staatsangehöriger. Dieser Fall zeigt exemplarisch, dass es denkbar erscheint, dass durch die Verleihung der Staatsangehörigkeit in die Souveränität anderer Staaten eingegriffen wird. Das Vorgehen Russlands erscheint sowohl unter dem Blickwinkel des Interventionsverbotes³² als auch hinsichtlich des Vorliegens eines *genuine link*, genauer gesagt einer vernünftigen Verbindung³³ zwischen den eingebürgerten Menschen und Russland, fragwürdig.

Die zweite aktuelle Fragestellung stellt der ›Verkauf‹ von Staatsangehörigkeiten dar. Heutzutage werben manche Kanzleien damit, dass sie »the global leader

²⁸ Zu diesem Modus der Verleihung → § 2 III. 3. a) ee) (1), S. 147 ff.

²⁹ Zum russischen Konzept des ›Nahen Auslands‹ vgl. *Alexandrova*, Rußland und sein ›nahes Ausland‹, Bericht des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien Nr. 20/1995; *Toal*, Near Abroad, insbes. S. 3; *Barrington/Herron/Silver*, The Motherland Is Calling, *World Politics* 55 (2002/2003), S. 290–313.

³⁰ Zu diesem Thema statt aller und m. w. N. Independent International Fact-Finding Mission on the Conflict in Georgia, Report, Vol. II, S. 147 ff.

³¹ Siehe hierzu z. B. Independent International Fact-Finding Mission on the Conflict in Georgia, Report, Vol. II, S. 199–226; *Luchterhandt*, AVR 46 (2008), S. 435–480.

³² → § 5 I. 3., S. 277 ff.

³³ → § 4 II. 4. b), S. 249 ff. Allgemein zum Erfordernis eines *genuine link* → § 4 II., S. 211 ff.

in residence and citizenship planning« sind.³⁴ Diese strategische Planung³⁵ der eigenen Staatsangehörigkeit ist nur möglich, weil einige Staaten dazu übergegangen sind, die Verleihung ihrer Staatsangehörigkeit an monetäre Voraussetzungen zu knüpfen, sog. *ius pecuniae*.³⁶ Manche Staaten bieten ihre Staatsangehörigkeit quasi »zum Kauf« an. Dies hat sich für manche Kanzleien, die sich auf die Vermittlung von Staatsangehörigkeiten spezialisiert haben, zu einem lukrativen Geschäftsmodell entwickelt.³⁷ Auch hat sich sogar eine Messe hinsichtlich derartiger Einbürgerungs-Programme etabliert: die *Citizenship Expo*³⁸, die im Oktober 2020 zum vierten Mal stattfand³⁹. Zum Teil wird der Besitz mehrerer Staatsangehörigkeiten sogar von Superreichen⁴⁰ als Statussymbol angesehen.⁴¹ Die rechte Wahl der Staatsangehörigkeit(en) scheint für viele Superreiche inzwischen genauso wichtig zu sein, wie die Anlage ihres Vermögens. Offensichtlich stehen derartige Praktiken in Spannung zu der Vorstellung des IGH, die er seiner *Nottebohm*-Entscheidung zugrunde legte, in der er statuierte: »[...] nationality is a legal bond having as its basis a social fact of attachment, a genuine connection of existence, interests and sentiments, together with the existence of reciprocal rights and duties.«⁴²

Sowohl die Praxis massenhafter, regional verdichteter extraterritorialer Einbürgerungen, als auch die Praxis wirtschaftlich induzierter Staatsangehörigkeitsverleihungen riefen auf der politischen und auch auf der (völker-)rechtswissenschaftlichen Ebene kritische Stimmen hervor. Das Problem ist, dass sich Fragen

³⁴ So die Kanzlei *Henley & Partners* auf ihrer Internetseite (<https://www.henleyglobal.com> [11.09.2021]).

³⁵ Vgl. z. B. C. Kálin, *Global residence and citizenship handbook: residence planning, alternative citizenship, passports, visa restrictions, freedom of movement, tax planning* (6. Aufl. 2016).

³⁶ Zu diesem Modus der Verleihung → § 2 III. 3. a) ff), S. 153 ff.

³⁷ Siehe z. B. die bereits erwähnte Kanzlei *Henley & Partners* (<https://www.henleyglobal.com> [11.09.2021]). Ferner z. B. *Astons* (<https://www.astons.com> [11.09.2021]); *Arton Capital* (<https://www.artoncapital.com> [11.09.2021]); *Citizen Lane* (<https://www.citizen-lane.com> [11.09.2021]), *Akros&Partners* (<http://www.akrosglobal.com> [11.09.2021]).

³⁸ <http://citizenshipexpo.com/about-citizenshipexpo.html> (11.09.2021).

³⁹ Die *Citizenship Expo* fand aufgrund der SARS-CoV-2-Pandemie nicht wie geplant in Abu Dhabi, sondern virtuell statt.

⁴⁰ Um sehr reiche Menschen anhand ihres Vermögens einzuteilen hat sich inzwischen folgende Dichotomie etabliert: *ultra high net worth individuals* (UHNWI) und *high net worth individuals* (HNWI). Shachar, *Citizenship for Sale?*, in: Shachar/Bauböck/Bloemraad/Vink, *Handbook of Citizenship*, S. 789 (790) definiert UHNWI als Individuen mit mehr als 30 Mio. US-Dollar mobilem Kapital und HNWI als Individuen mit mehr als 1 Mio. US-Dollar mobilem Kapital. Zu Definitionsansätzen von »Superreichen« siehe ferner *Neuhäuser*, *Wie reich darf man sein?*, S. 23–27.

⁴¹ Siehe z. B. FAZ v. 21.07.2018, S. 30.

⁴² IGH, *Nottebohm (Lichtenstein vs. Guatemala)*, Second Phase, ICJ Rep. 1955, S. 4 (23).

nach der Zulässigkeit solcher Praktiken schwer beantworten lassen, weil die konzeptionelle Grundlage fehlt. Es existiert keine dogmatisch schlüssige Konzeption über völkerrechtliche Vorgaben für die Verleihung der Staatsangehörigkeit.⁴³

III. Methodische Anmerkungen und Gang der Untersuchung

Bei der vorliegenden Arbeit handelt sich um eine dogmatische, die das positive Recht untersucht – sowohl das Völkerrecht, als auch an einigen Stellen nationales Recht. Die juristische Dogmatik kann in drei Tätigkeitsfelder unterteilt werden: »(1) die Beschreibung des geltenden Rechts, (2) seiner begrifflich-systematischen Durchdringung sowie (3) der Erarbeitung von Vorschlägen zur Lösung problematischer Rechtsfälle.«⁴⁴ In Anbetracht dieser Mehrdimensionalität⁴⁵ kann eine Arbeit drei unterschiedliche Wege beschreiten: Sie kann deskriptiv-empirisch das geltende Recht darlegen, logisch-analytisch das geltende Rechte aufschlüsseln und normativ-praktisch Vorschläge liefern.⁴⁶ Die vorliegende Arbeit geht alle drei Wege, beschränkt sich bzgl. des normativ-praktischen Teils allerdings mehrheitlich auf die Lieferung von Entscheidungsvorschlägen hinsichtlich der geltenden Normen und macht keine Vorschläge hinsichtlich neu zu setzender Normen. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt auf dem deskriptiv-empirisch und logisch-analytischen Teil.

Im Fokus der Arbeit stehen die Vorgaben, die das geltende Völkerrecht für die Verleihung der Staatsangehörigkeit setzt. Insofern speisen sich die Vorgaben aus den Rechtsquellen des Völkerrechts: völkerrechtliche Verträge, Völkergewohnheitsrecht und allgemeine Rechtsgrundsätze (vgl. Art. 38 Abs. 1 lit. a–c IGH-Statut). Hierbei liegt der Schwerpunkt auf der Sammlung und Analyse völkerrechtlicher Verträge. Wenngleich auch Völkergewohnheitsrecht erforscht wird, so kann in dieser Arbeit – die einer Person oftmals unmögliche Aufgabe – keine vollumfängliche Analyse der Staatenpraxis und damit einhergehenden Rechtsüberzeugung geliefert werden, die für den Beleg von Völkergewohnheitsrecht erforderlich ist.⁴⁷

Bevor sich mit den eigentlichen Vorgaben auseinandergesetzt wird, werden sowohl das Konzept der Staatsangehörigkeit (§ 1) als auch die unterschiedlichen

⁴³ *Sloane*, Harv.Int'l L.J. 50 (2009), S. 1 (10 f.).

⁴⁴ Hierzu *Alexy*, Theorie der juristischen Argumentation, S. 308.

⁴⁵ *R. Dreier*, Was ist und wozu Allgemeine Rechtstheorie?, S. 15.

⁴⁶ *Alexy*, Theorie der juristischen Argumentation, S. 308.

⁴⁷ Zur Schwierigkeit der (dogmatisch korrekten) Ermittlung von Völkergewohnheitsrecht vgl. z. B. ILC, Draft conclusions on identification of customary international law, with commentaries, YILC 2018, Vol. II, Part Two, S. 119–156; *Dörr*, in: Ipsen, Völkerrecht, § 19 Rn. 6–27.

Modi der Verleihung der Staatsangehörigkeit (§ 2) dargestellt. Nach einer Grundlegung hinsichtlich der völkerrechtlichen Vorgaben (§ 3) werden die einzelnen Vorgaben untersucht (§§ 4–6). Abschließend gilt es einen Blick auf die Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen die gefundenen Vorgaben zu werfen (§ 7).

Stichwortverzeichnis

Die nicht-kursivgesetzten Zahlen verweisen auf eine Seite, die kursivgesetzten Zahlen auf eine Fußnote. Die erwähnten Gerichtsentscheidungen sind nur hinsichtlich der im Haupttext erwähnten Fundstellen angegeben.

- Abchasien 7, 149, 231 *152*, 250–253, 262, 270, 273, 277–284, 580, 589
- Abstammungsprinzip, *siehe* ius sanguinis
- ACERWC
- *Nubian-Children*-Entscheidung 273, 543
- Adoption 100, 130 f., 233, 245, 458, 477
- Alexy, Robert* 362, 373
- Annexion 129, 149, 262, 313–317, 321, 341–344, 481, 591
- Antrag, *siehe* Einbürgerung (auf Antrag)
- Arendt, Hannah* 29, 45, 613
- Aufenthaltsrecht 19, 30–33, 41 f., 43, 45 f., 51 f., 61 *354*, 75–78, 154 f., 253
- Auferlegung der Staatsangehörigkeit 124–136, 456–482
- Adoption 130 f., 245, 477
 - Annexion 315, 321
 - diplomatisches Personal 339 f.
 - Ehe und Eheschließung 132–134, 206 f., 244, 475–477, 528
 - Ersitzung 135, 247
 - Okkupation 315, 341 f., 585
 - Staatensukzession 129 f., 321–325, 334, 478
 - Verbot aus Art. 8 EMRK 464–474, 604
 - Verhältnis zu Masseneinbürgerung 286 f., 293
 - Vernünftige Verbindung 232, 233, 237, 240–247, 459
- Ausbürgerung
- Rücknahme 144
 - willkürliche ~ 377, 394, 440–442, 452
- Ausländer, feindlicher 79
- Auslegung
- evolutive ~ 355 f., 371 f., 453, 525 f., *siehe auch* living instrument
 - rechtsvergleichende ~, *siehe* normsatzübergreifende Betrachtung
- Auslieferung 37, 77 *468*, 433
- Auswanderungsstaaten 102
- Ausweisung
- eigener Staatsangehöriger 77
 - Verbot der Kollektivausweisung 288 f.
 - Verstoß gegen Art. 3 EMRK 433
- Bancroft*-Verträge 92, 194
- Barcelona-Traction*-Entscheidung (IGH) 364
- Besetzung, *siehe* Okkupation
- Bidun 543
- Bundesangehörigkeit 21
- BVerfG
- *Teso*-Beschluss 181, 210, 609
- Calvo*-Doktrin 72
- China (Volksrepublik) 40, 116, 166
- Citizenship by investment, *siehe* ius pecuniae
- Citizenship Expo 8, 162
- DDR 60 *348*, 209–211, 248 f., 303 f.
- Deklaration 169, *siehe auch* Reklamation
- Denizenship 20, 29, 43 f., 57
- Deutschland 605–611
- Auferlegung der Staatsangehörigkeit 130, 132, 458, 541
 - denizenship 43

- diplomatischer Schutz 71
- egalitäre Staatsangehörigkeitskonzeption 39 187
- Einbürgerung (i. e. S.) 140, 145, 147, 151, 541, 603
- Ermessensreduktion 451
- Nationalsozialismus 123, 342, 528, 609
- (Nicht-)Anerkennung von Staatsangehörigkeiten 180 27, 589 f., 591 f.
- funktionelle ›Staatsangehörigkeit‹ 61 355
- gesamtdeutsche Staatsangehörigkeit 208–211, 248 f.
- ius sanguinis 108 f., 114, 115, 117, 239, 417
- ius soli 103 f., 117
- Leihmutterchaft 108 f., 111, 399–401
- rückwirkende Verleihung 300
- Rücknahme der Verleihung 574
- Russlanddeutsche 540
- Sammeleinbürgerung 125, 287, 290, 609
- Statusdeutsche 15, 61 355, 541
- Wehrpflicht 88 544, 89 551
- Diensthoeheit 235 f., 243, 411, 413–415
- Diplomatischer Schutz 66–72, 90, 578
- Diplomatisches Personal 242, 338–340, 475, 579, 604
- Diskriminierung, *siehe* Ungleichbehandlung
- Begriff 492
- Diskriminierungsverbot, *siehe* Gleichbehandlungsnorm
- Begriff 488
- Displaced persons 20
- Domaine réservé 181–187, 263–271, 280–282, 348, 363, 374, 379, 565–567
- Donezk 7, 149, 254, 260 12, 262, 270, 273, 285 142
- Doppelstaatsangehörigkeit, *siehe* Mehrstaatigkeit
- Dualismus 598, 605
- ECOWAS 48–50
- Echte Verbindung, *siehe* Vernünftige Verbindung
- Effektive Verbindung, *siehe* Vernünftige Verbindung
- EGMR
- *Genovese*-Entscheidung 4, 514, 517, 534 f.
- *Karashev*-Entscheidung 386–389, 513
- Ehe 132–134, 244, 243, 292 f., 475–477, 528
- Einbürgerung 120–171
- auf Antrag 137–168, 229–232
- bevorzugte ~ 143, 540–543
- Dauer 143, 146
- durch Gesetz (ipso iure) 100, 124, 126, 135, 338–340, 541, 609
- erleichterte ~ 100, 133 f., 136, 139, 143, 148, 152, 232, 275, 333, 446, 451, 475, 485, 529, 534, 550 f., 554, 556
- Ermessen 100, 137–139, 159 f.
- extraterritoriale ~ 147–152, 156, 228 f., 231, 235, 249–253, 259–284, 295, 541, 543, 580
- freiwillige ~ 136–171
- Gebühren 137, 146, 255 f., 446
- gerichtliche Überprüfbarkeit 138 f.
- gewöhnliche ~ 139, 190, 309, 446
- Kollektiv ~ 123 f., 126, 287, 290, 324 350, *siehe auch* Masseneinbürgerung
- Kosten 143, 146, 255, 554
- Massen~, *siehe* Masseneinbürgerung
- Quoten 547–550, 558
- vernünftige Verbindung, *siehe* Vernünftige Verbindung
- Wieder~, *siehe* Wiedereinbürgerung
- wirtschaftlich induzierte ~ 153, *siehe* ius pecuniae
- Zuständigkeit 145 f.
- Zwangs~, *siehe* Auferlegung der Staatsangehörigkeit
- Einwanderungsquoten 61, 208, 549
- Einwanderungsstaaten 102
- Enemy alien, *siehe* Ausländer, feindlicher Entzug der Staatsangehörigkeit 297 f., 302, 308, 309, 347, 376 f., 386, 442 f., 453, 455, 574, 577
- Erga-omnes-Pflichten 70, 364 f., 579–581
- Ermessen
- Ermessensspielraum, *siehe* margin of appreciation
- Einbürgerung 100, 137–139, 159 f.
- ius pecuniae 159 f.
- Reduzierung 451, 608
- Zugang zum Staatsgebiet 32, 76, 253
- Ersitzung
- als Gebietserwerbstitel 129, 313

- einer Staatsangehörigkeit 135, 247, 298, 300, 609
- Erwerb der Staatsangehörigkeit
- siehe* Auferlegung der Staatsangehörigkeit
- siehe* Einbürgerung
- siehe* ius domicilii
- siehe* ius sanguinis
- siehe* ius soli
- Ethnie 24 f., 40, 143, 148, 229, 252, 501 f., 519, 536–544, 546
- EuGH
 - *Rottmann*-Entscheidung 297, 301, 303
 - *Zambrano*-Entscheidung 52, 105 f., 397
- European standard 197
- ex-inuria-ius-non-oritur-Grundsatz 316, 568, 587, 592, 594

- Festhalten an einer Staatsangehörigkeit 386, 471
- Findelkind 105, 114 f., 397 f., 403 f., 413, 417
- Flüchtlinge 47, 69 407, 143 f., 291, 451, 541
- Flugzeuge 59, 107, 238
- Freizügigkeitsrecht, globales 32, 75

- Garay, Juan Carlos* 43 215
- Geburtsortprinzip, *siehe* Ius soli
- Gender 467, 524–526
- Gender rule 366, 465
- Genovese*-Entscheidung (EGMR) 4, 514, 517, 534 f.
- Genuine link, *siehe* Vernünftige Verbindung
- Gerechtigkeit, austeilende, *siehe* Iustitia distributiva
- Geschlecht
 - biologisches ~ 523 f.
 - psychosoziales ~, *siehe* Gender
- Gewaltverbot 74 f., 129, 274, 313 f., 317, 591, 593
- Gleichbehandlung 482–559
- siehe auch* Gleichbehandlungsnorm
- siehe auch* Ungleichbehandlung
 - bei einer Staatensukzession 336 f., 544
 - von ehe- und unehelichen Kindern 530, 534 f.
 - von In- und Ausländern 47, 123
 - von Männern und Frauen 520–533
- Gleichbehandlungsnorm
 - siehe auch* Gleichbehandlung
 - siehe auch* Ungleichbehandlung
 - akzessorische ~ 490 f., 510 f., 511–517
 - allgemeine ~ 489 f., 507 f.
 - autonome ~ 491, 509 f.
 - Begriff 488 f.
 - Gerechtigkeit 483–486
 - overlapping human rights 360
 - spezielle/besondere ~ 489 f., 508
 - subjektives Recht 519 f.
- Gleichgerechtigkeit 121, 489, 493
- Gleichheit
 - durch das Gesetz 486 f.
 - faktische 485, 530
 - rechtliche 485
 - vor dem Gesetz 486 f.
- Golanhöhen 315, 342
- Golden passport 153, *siehe* ius pecuniae
- Golden visa 154
- Grundrechte 357

- Haushalts-Registrierungssystem 40
- Hautfarbe 127, 458, 480, 489 f., 544–547
- Hungarian Status Act 151

- IACtHR
 - *Proposed-Amendments-to-the-Naturalization-Provisions-of-the-Political-Constitution-of-Costa-Rica*-Gutachten 434 f., 529, 535, 542
 - *The-Girls-Yean-and-Bosico*-Entscheidung 435, 543
- IGH
 - *Barcelona-Traction*-Entscheidung (IGH) 364
 - *LaGrand*-Entscheidung 351
 - *Namibia*-Gutachten 595 f.
 - *Nicaragua*-Entscheidung 268, 360
 - *Nottebohm*-Entscheidung 8, 12, 81 f., 155, 173, 213 f., 221–223, 226, 228, 453, 588, 594 f., 598, 601
- Integrationsprognose 101, 107, 534
- Interventionsverbot 6 f., 182, 259–284, 295, 580, 593, 604
- Israel 76, 116, 247, 315, 342
- Ius cogens 365, 546, 569–571, 590–593
- Ius domicilii 118 f., 120, 189, 192, 240
- Ius doni 153, *siehe* ius pecuniae

- Ius filiationis 109
 Ius nexi 453
 Ius officii 134
 Ius pecuniae 153–168, 228, 230 f., 246, 248, 254–257, 261, 554 f.
 – Kritik der EU-Kommission 167 f.
 – vernünftige Verbindung 230 f., 248
 Ius sanguinis 107–118, 119 f., 189 f., 225, 227, 230, 235, 239, 316, 410–413, 531 f., 534 f.
 – Abstammung 108–111, 114 f., 399
 – alternatives ~ 112, 239, 531
 – eingeschränktes ~ 115 f., 397
 – einseitiges ~ 112–114, 531 f.
 – fiktives ~ 114 f., 239, 417
 – kumulatives ~ 111 f.
 – Leihmutterschaft 108–110, 399–402
 – mütterliches ~ 114, 531 f., 535
 – subsidiäres ~ 117, 410–413
 – väterliches ~ 113, 531 f.
 Ius soli 101–107, 117 f., 119 f., 189 f., 225–227, 230, 235, 237 f., 316, 338 f., 402–409, 417, 419
 – diplomatisches Personal 338 f., 579
 – doppeltes ~ 104, 532
 – eingeschränktes ~ 102–104, 397
 – Flugzeuge 107, 238, 409
 – remedial ~ 105, *siehe* subsidiäres ius soli
 – Schiffe 107, 238, 409
 – subsidiäres ~ 105 f., 333, 405–407, 417
 – uneingeschränktes ~ 102
 – väterliches ~ 532
 Iustitia distributiva 483

Jellinek, Georg 16

Karassev-Entscheidung (EGMR) 386–389, 513
 Kinder
 – Leihmutterschaft 108–110, 399–401
 – Findel-, *siehe* Findelkinder
 Kollektivausweisung 77, 288 f.
 Kollektiveinbürgerung 123 f., 126, 287, 290, 324 350, *siehe auch* Masseneinbürgerung
 Kolonialstaaten (ehemalige) 40, 99, 194
 Konsularisches Personal 242, 338–340, 478, 579, 604
 Konsularischer Schutz 72–74, 594
 Korrelarberechtigung 52
 Kosovo 180 27, 589
 Krim 7, 149, 262, 267, 315–317, 342, 407 f., 591

LaGrand-Entscheidung (IGH) 351
 Landesangehörigkeit 21
 Legitimation 130 f., 135, 245, 477
 Leihmutterschaft 108–110, 399–402
 Living instrument 355, 371, *siehe auch* Auslegung, evolutive
 Luhansk 7, 149, 254, 260 12, 262, 270, 273, 285 142

 Malta 4, 157 f., 168, 228, 231, 254–257, 516
 Maltese Citizenship Act 158, 254
 Mandatsgebiete 343
 Margin of appreciation 379–381, 436, 445 f., 448, 486, 488, 497–499, 548
 Marktbürgerschaft 48
Martitz, Ferdinand von 202
 Masseneinbürgerung 123, 126, 147, 153, 285–296
 – Interventionsverbot 269 f., 276, 280, 295
 Mehrstaatigkeit 85–92, 119, 195, 199, 224, 264, 306–310
 – Hinnahme von ~ 92, 141, 151, 167, 307 f.
 – Vermeidung von ~ 92, 116, 308 f.
 (Menschen-)Recht auf eine Staatsangehörigkeit 374–456
 – Art. 3 EMRK 431–433
 – (fehlende) absolute Geltung 436–444, 452 f.
 – (fiktives) ius sanguinis 417
 – Leihmutterschaft 399–402
 – Staatensukzession 333
 – status positivus 377 f.
 – status negativus 376 f.
 – (subsidiäres) ius sanguinis 410–413
 – (subsidiäres) ius soli 402–409, 417
 Menschenwürde 432, 461–463
 MERCOSUR 48 f.
 Monismus 598
 Multi nationals, *siehe* Mehrstaatigkeit

 Nahes Ausland 7, 149, 260
Namibia-Gutachten (IGH) 595 f.

- Nation 11, 58 f., 482
 Nationalität 58, 60, 393, 436, 501
 Nationality rule 69 f.
 Naturalisation, *siehe* Einbürgerung
 Naturrecht 359, 372, 463
Nicaragua-Entscheidung (IGH) 268, 360
 Nichtanerkennung einer Staatsangehörigkeit 82, 180 27, 568, 586–596
 Nichtigkeit 569–571, 601, 603, 611
 Normsatzübergreifende Betrachtung 361, 366–374, 404, 409, 417, 442, 443, 468, 515, 596
 Notstandsfestigkeit (von Menschenrechten) 439 f.
Nottebohm-Entscheidung (IGH) 8, 12, 81 f., 155, 173, 213 f., 221–223, 226, 228, 453, 588, 594 f., 598, 601
Nubian-Children-Entscheidung (ACERWC) 543

 Österreich 22, 60, 109–111, 150, 156, 159 f., 261, 267, 401 f., 517, 535
 Option 139, 168–171, 308, 317, 322, 334–336, 544
 Okkupation 314, 316, 341 f., 481

 Palästina 180 27, 589
 Passportisation 7, 147, 262
 Personalitätsprinzip 65 f., 89
Proposed-Amendments-to-the-Naturalization-Provisions-of-the-Political-Constitution-of-Costa-Rica-Gutachten (IACtHR) 434 f., 529, 535, 542

 Quoten
 – bei der Einbürgerung 547–550, 558
 – bei der Einwanderung 61, 208

Radbruch, Gustav 483
 Rasse 458, 480, 486, 501 f., 519, 538–540, 544–547, 593
 Recht des Bodens, *siehe* Ius soli
 Recht des Blutes, *siehe* Ius sanguinis
 Rechtsfolgen der Staatsangehörigkeit
 – innerstaatliche ~ 27–39, 177, 207
 – völkerrechtliche ~ 64–83, 176
 Rechtsmissbrauch 216–218, 292 f., 295, 305, 326

 Rechtsreflex 349–357
 Redintegration 144, *siehe* Wiedereinbürgerung
 Registrierung 168 f., 403
 Reichsbürgerschaft 41
 Reintegration 144, *siehe* Wiedereinbürgerung
 Reisepass 93, 268, 592 160
 Reklamation 136, 169 f.
 Religion 99, 232, 246 f., 294, 458, 470, 519, 551 f.
 Right to a nationality, *siehe* (Menschen-) Recht auf eine Staatsangehörigkeit
 Right to have rights 29, 45, 94, 166
 Roboter 62 f.
 Rohingya 269, 543
Rottmann-Entscheidung (EuGH) 297, 301, 303
 Rücknahme der Ausbürgerung 144
 Rücknahme der Einbürgerung 146, 301 222, 574
 Rückwirkung 296–305
 Ruralbürgerschaft 40
 Russland 7, 128, 131, 147, 149, 250–253, 262, 273 f., 277–284, 315–317, 342, 407 f., 580, 589, 591
 Russlanddeutsche 540

 Sammeleinbürgerung 125, 287, 290, 609
 Schiffe 59, 107, 224 f., 238
 Selbstbestimmungsrecht der Völker 13 f., 252, 268 f., 275, 593
 Sexuelle Orientierung 519, 526
 Spätaussiedler 291, 541
 Sprachtests 529, 556
 Staatenbund 21, 47–49
 Staatenlosigkeit 83 f., 105, 117, 119, 143 f., 195, 199 f., 269, 275, 397 f., 405–407, 443 f.
 – Auferlegung einer Staatsangehörigkeit 474
 – de facto ~ 84, 330, 406
 – de jure ~ 83 f., 406
 – Staatensukzession 318, 330, 323 f., 327–333
 – Vermeidung von ~ 105 f., 113, 117, 193, 199 f., 311, 318, 327–333, 382, 396 f., 450, 596, 605, *siehe auch* (Menschen-) Recht auf eine Staatsangehörigkeit

- Staatennachfolge, *siehe* Staatsukzession
 Staatsukzession 310–338
 – Auferlegung der Staatsangehörigkeit 129 f., 321–325, 481
 – erga-omnes-Pflicht 580
 – Gleichbehandlungsnormen 336 f., 502, 544
 – Masseneinbürgerung 290 f., 293
 – Menschenrechte 318 f., 332 f.
 – Optionsrecht 334–336
 – Recht auf eine Staatsangehörigkeit 332 f., 384
 – Rückwirkung 298
 Staatsbürgerschaft
 – Begriff 27 f., 59 f.
 – DDR 60 348, 209 f., 303 f., 609
 – Österreich 60, 156, 159, 401
 Staatsangehörigkeit
 – effektive ~ 82, 87, 90 f.
 – egalitäre ~ 39, 177
 – funktionelle ~ 60–62, 208
 – gesamtdeutsche ~ 208–211, 248 f.
 – Hierarchisierung 27, 31, 39–42, 483
 – Rechtsfolgen, *siehe* Rechtsfolgen der Staatsangehörigkeit
 – Roboter 62 f.
 – ruhende ~ 91
 – Statussymbol 8, 166
 Staatszugehörigkeit 59, 62, 225
 Statusdeutsche 15, 61 355, 541
 Statussymbol 8, 166
 Subject 25
 Südossetien 7, 149, 231 152, 250–253, 262, 266, 270, 273, 276, 277–284, 589
 Südtirol 151, 261, 267, 270
 Sujet mixte, *siehe* Mehrstaatigkeit
 Superreiche 8, 162
 Supranationale Bürgerschaft 47–50, 55
 Szeklerland 152, 229, 267, 270

 Territorialitätsprinzip 91
 Teso-Beschluss (BVerfG) 181, 210, 609
 The-Girls-Yean-and-Bosico-Entscheidung (IACtHR) 435, 543
 Transnistrien 149, 262
 Treuhandgebiete 343

 Ungarn 150–152, 228 f., 231 f., 264 33, 267, 541–543

 Ungleichbehandlung
siehe auch Diskriminierung
siehe auch Gleichbehandlung
siehe auch Gleichbehandlungsnorm
 – Art. 3 EMRK 518 f., 536, 544, 552
 – Begriff 492–494
 – Benachteiligung 495, 543 f., 550
 – Bevorzugung 495, 540–543, 549, 554
 – direkte/unmittelbare ~ 494
 – Einbürgerungsquoten 547–550, 558
 – extraterritoriale Verleihung der Staatsangehörigkeit 148, 541–543
 – indirekte/mittelbare ~ 148, 168, 494, 540, 554
 – ius pecuniae 168, 554 f.
 – Rechtfertigung 495–499, 527, 533, 539 f., 547, 552, 553, 554, 555, 556
 Unionsbürgerschaft 21, 33, 47–56, 73, 152, 166, 256, 261, 276
 Unity Dow 532
 Urbanbürgerschaft 40

 Vatikan 101 27, 134 238
 Verkauf der Staatsangehörigkeit, *siehe* Ius pecuniae
 Vermünftige Verbindung 211–258, 582, 604, 606 f.
 – Auferlegung der Staatsangehörigkeit 240–247, 457, 459
 – Diensthöheit 236, 243
 – Einbürgerung auf Antrag 233
 – extraterritoriale Verleihung der Staatsangehörigkeit 228 f., 231 f., 249–254
 – Gebietshöheit 235, 237
 – genuine link 213 f., 229
 – ius pecuniae 168, 228, 230 f., 248, 254–257
 – keine effektive Verbindung 220–229
 – Masseneinbürgerungen 294 f.
 – Menschenrecht auf eine Staatsangehörigkeit 404, 417
 – Nottebohm-Entscheidung (IGH) 213 f., 221–223
 – objektive Verbindung 232–236
 – Personalhöheit 235 f., 239
 – rechtliche Verbindung 233
 – Staatsukzession 322, 324 f., 330 f.
 – subjektive Verbindung 229–232, 233

- tatsächliche Verbindung 233
- Völkerstrafrecht 584–586
- Vorenthalten der Staatsangehörigkeit 177, 387–392, 400, 424–427, 431–433, 513, 518 f.
- Wahlrecht 14 18, 27 f., 31, 34–36, 44–47, 51
- Wehrpflicht 88 f., 199, 309
- Weltbürgerschaft 57
- Wiedereinbürgerung 144, 241, 253, 283, 478
- Wissenstests 557
- Wohnbürgerschaft, *siehe* Denizenship
- Wohnsitzprinzip, *siehe* Ius domicilii
- Zambrano-Entscheidung (EuGH) 52, 105 f., 397
- Zusammenarbeit, loyale (Art. 4 Abs. 3 EUV) 168, 256
- Zwangseinbürgerung, *siehe* Auferlegung der Staatsangehörigkeit
- Zypern 154, 156, 162 f., 168, 230, 256